

Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



Kosovo-Krise: Balkanstaaten fordern Einhaltung der UNO-Resolution
Seite 3

Nachdem die BRD inzwischen ein volles Jahr im Angriffskrieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien steht, gibt es Anzeichen, dass trotz der ungebrochenen Beteiligungsbereitschaft von SPD und Bündnisgrünen die Kritik an der Kriegspolitik zunimmt und zu Aktionen führt.



EU: Die Ost-Südost-erweiterung kann vorhandenes kulturelles Kapital nutzen
Seite 6

Schüleraustausch
Kragujevac – Hamburg
und andere Aktionen
Seite 12

Lohnbewegung
Metall –
Zwischenstand
Seite 16

Die Capek-Gesellschaft
für Völkerverständigung
und Humanismus e.V.
Seite 19



Politische Berichte

**ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHIET VIERZEHTÄGLICH**

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Christiane Schneider: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040/43188820, Fax: 040/43188821. E-mail: gnn-hhsh@otelo-online.de

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761/4761125

Regionales / Gewerkschaftliches West ... Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... **und Ost** Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030/24009468, Fax: 030/24009469

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Alfred Küstler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: +13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

MOBILISIERUNGSPROBLEM. Die Diskussion über die Ausrichtung der Bundeswehr und die daraus zu ziehenden Konsequenzen – Wehrpflicht- oder Berufsarmee – gehen in die letzte Runde. Währenddessen bestätigte das Scharping-Ministerium einen Bericht, dass die Bewerbungen für alle Laufbahnen insgesamt seit 1997 und insbesondere 1999 rückläufig sind. Dabei gingen die Bewerberzahlen von Zeitsoldaten im Kriegsjahr 1999 um 13,5%, die für Offiziere im Truppendienst um 14,6%, für Offiziere im Sanitätsdienst um 19% zurück. Zwar sollen die Bewerberzahlen für Offizieranwärter noch über denen von vor 1997 liegen; doch das Ministerium selbst geht von einem Zusammenhang zwischen zunehmenden Auslandseinsätzen und rückläufigen Bewerberzahlen aus. Auch der anhaltend hohe Druck des Arbeitsmarktes scheint die Motivation, sich für „deutsche Interessen“ verheizen zu lassen, nicht zu stärken. Seit Monaten schon versucht Scharping, jungen Männern die Soldatenlaufbahn mit Versprechen auf spätere Karriere als Selbstständige oder im Konzernmanagement zu versüßen; die bisher schon getroffenen entsprechenden Abkommen mit Konzernen und Industrie- und Handelskammern sollen nun intensiviert werden.

KRIEGSZULAGE. Die Piloten der Luftwaffen fordern die Erhöhung ihrer „Erschweriszulage“ um 66,6%, wie ihnen von Scharping zugesagt, und machen den „Dienst nach Vorschrift“. Ihre „Leidensfähigkeit“ sei erschöpft, beschweren sie sich, aber nicht wegen der Vollstreckung völkerrechtswidriger Angriffsbefehle, denen vor einem Jahr zahlreiche jugoslawische Zivilisten zum Opfer fielen, sondern weil ihnen der Lohn dafür, dass sie „in besonderer Weise die deutsche Politik mit umgesetzt haben“, vorenthalten werde.

FPÖ-KEULE. Deutschland und die EU schwingen die FPÖ-Keule gegen Polen. Die Stimmungen gegen die Osterweiterung, die die FPÖ in Österreich an die Regierung gebracht hätten, seien in vielen Ländern zu spüren, verlautete aus Brüssel, und um entsprechende Wahlerfolge von Rechtsextremen zu verhindern, müsste die Prüfung der Beitrittsbedingungen verschärft werden. Die polnische Regierung befürchtet konkret die Verschiebung der Aufnahme Polens auf frühestens 2005 statt 2003. Der EU-Kommissions-Pressesprecher deutete sogar an, dass Polen bei der nächsten Erweiterungsrounde ganz und gar draußen bleiben müsse. Ein entsprechender Druck geht vor allem von Deutschland und Österreich aus, die beide bestrebt sind, vor einem Beitritt Polens die Freizügigkeit polnischer Arbeiter einzuschränken. Darüber verhandelte Arbeitsminister Riester in der zweiten Märzwoche mit der polnischen Regierung. Die polnische Re-

gierung kritisierte es als „paradox“, dass unter dem Hinweis auf die FPÖ-Wahlerfolge FPÖ-Politik gemacht werde.

MISSIONIERUNG. Die Evangelische Kirche Deutschlands führt gemeinsam mit anderen evangelischen Kirchen und Institutionen zum 7. Mal die Spendenaktion „Hoffnung auf Europa“ durch, mit der die evangelischen Osteuropaaktivitäten zusammengeführt werden. In den Jahren 1994 bis 1998 sammelte sie unter diesem Motto 9,5 Mio. DM für den Aufbau von ihr kontrollierter Strukturen im Sozialbereich und zur Missionsarbeit.

AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT IN BAYERN (I). Im November hatte die Innenministerkonferenz Bundesinnenminister Schily einhellig aufgefordert, sich für die schnelle Einführung der Chip-Karte für Asylbewerber einzusetzen. Jetzt wird der Chip in Bayern erstmals „getestet“, und zwar in Nürnberg: Auf einer elektronisch lesbaren Karten werden der digitalisierte Fingerabdruck des Asylbewerbers, persönliche Daten, staatliche Zahlungen wie Sozialhilfe, genauer Status, z.B. Arbeitsberechtigung oder Ausreisepflicht. Asylbewerber als potentielle „Missbraucher“, lautet die rassistische Botschaft der Maßnahme, die ausfernde staatliche Kontrolle legalisiert und weitere Grundrechte für Asylbewerber in Deutschland einschränkt.

AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT IN BAYERN (II). Auf PDS-Anfrage legte das Bundesinnenministerium jüngste Zahlen über rechtsextremistische und ausländerfeindliche Straftaten vor: Im Januar wurden 138 solcher Straftaten registriert, darunter 3 Brandanschläge, 25 Angriffe auf Personen und 110 Sachbeschädigungen, Bedrohungen, Beleidigungen u.a. Regionaler Schwerpunkt war, mit 51 von 177 rechtsextremistischen Tatverdächtigen, diesmal Bayern. „Die neue Rechtsregierung in Österreich strahlt offenbar schon auf das rechte Milieu aus. Die in Bayern regierende CSU freut sich, rechtsextreme Straftäter fühlen sich ermuntert zu neuer Gewalt“, schreibt die PDS-Abgeordnete Ulla Jelpke in einer Pressemitteilung.

SONDERGESETZ AUFHEBEN! Die Wohlfahrtsverbände haben Bundesarbeitsminister in einem Appell aufgefordert, den seit Mai 1977 wirksamen Erlass aufzuheben, der Asylbewerbern zu arbeiten verbietet. Das Arbeitsverbot treibe die Betroffenen in illegale Beschäftigungsverhältnisse und werde so ins Gegen teil verkehrt. Außerdem würden bei einer Aufhebung des Erlasses die Folgen des Asylbewerberleistungsgesetzes – wie z.B. Sachleistungsprinzip und Leistungsreduzierung – wegfallen. Das Sondergesetz widerspreche dem humanitären Anspruch von Staat und Gesellschaft, so die Bundesarbeitsgemeinschaft.

Balkanstaaten fordern Einhaltung der UNO-Resolution

In Griechenland wachsen die Ängste wegen der Spannungen in Kosovo und im Süden Serbiens.

Um den fast schon voraussehbaren militärischen Konflikt zu entschärfen, gab es in den letzten Wochen mehrere Regionalkonferenzen auf Ministerebene. Der albanische, mazedonische und griechische Außenminister trafen sich in Mazedonien und begrüßtigten, dass nur die volle Einhaltung der UNO-Resolution 1244, die jede Grenzveränderung in der Balkanregion ablehnt, die Sicherheit in Südosteuropa einhalten kann. Ebenso trafen sich die Außenminister Griechenlands, Bulgariens und der Türkei und haben eine gemeinsame Position zu der Kosovoproblematik formuliert.

Die Außenminister Griechenlands, der Türkei und Bulgariens fordern in einer gemeinsamen Erklärung „sichere Lebensbedingungen aller ethnischen Gemeinschaften“ in Kosovo und die „Unverletzbarkeit der territorialen Integrität“ in der Balkanregion. Sie begrüßtigten damit, dass sie die Krise gemeinsam bewältigen wollen.

Eine von Kosovo ausgehende Revision der heutigen Grenzziehungen könnte allerdings die Annäherung zwischen den Balkanstaaten im Nu ins Gegenteil verkehren. Ein besorgnisregendes Szenario entwarf der frühere griechische Außenminister Theodoros Pangalos in einem Zeitungsinterview. Die militanten albanischen Nationalisten in Kosovo, so Pangalos, arbeiteten auf eine Vereinigung mit dem Mutterland hin, auf ein Groß-Albanien, wobei es sich aber letztlich um eine Übernahme des heutigen Albanien durch die ökonomisch und von ihrem Bildungsniveau her weitaus besser gestellten Kosovo-Albaner handele. Damit, so glaubt Pangalos, seien nicht nur Unruhen im überwiegend von ethnischen Griechen besiedelten Süden Albaniens vorgezeichnet. Auch in Mazedonien, wo eine große albanische Minderheit lebt, könnte es zu Konflikten kommen – eine Kettenreaktion, so fürchten griechische Diplomaten, die womöglich territoriale Begehrlichkeiten Bulgariens gegenüber seinen Nachbarn und Ansprüche der Türkei auf das griechische Westthrakien auslösen könnte.

Die bedrohliche Entwicklung in Kosovo und Süd-Serbien war auch Thema des Gesprächs, das Nato-Generalsekretär George Robertson vergangene Woche in Athen mit dem griechischen Premier Kostas Simitis führte. Simitis unterstrich, es sei von größter Wichtigkeit, dass die Nato, wie in der UN-Resolution 1244 gefordert, die Multinationalität Ko-

sovios garantiere und die Autonomie der Region innerhalb Jugoslawiens sichere. Von beidem kann allerdings bisher keine Rede sein.

Auch Russland drängt jetzt wegen der krisenhaften Situation auf eine Sonder-sitzung des UNO-Sicherheitsrats zum Kosovo. Der russische Außenminister Igor Iwanow begründete die Forderung während eines Treffens mit den Außenministern der Europäischen Union (EU) in Lissabon damit, dass die dem NATO-Mandat zur Friedenssicherung in der südserbischen Provinz zu Grunde liegende UNO-Resolution 1244 nicht voll erfüllt werde. Zugleich schloss Iwanow einen Rückzug russischer Soldaten aus der Friedenstruppe KFOR aus. Dies komme nur in Frage, falls Kosovo aus Jugoslawien herausgebrochen werde, sagte Iwanow. Russland bestehe darauf, dass die UNO-Resolution über die Zukunft des Kosovo voll erfüllt werde. Dies schließe die Respektierung vor der territorialen Integrität Jugoslawiens ein. Aus russischer Sicht werde derzeit nicht genug getan, um dies sicherzustellen.

Mit klarer Einsicht hat jetzt der ehemalige EU-Administrator von Mostar, Koschnick, die gegenwärtige Zusitzung der Krise im Kosovo analysiert. Mit den anhaltenden Gewaltakten im Süden Serbiens versucht die dort lebende albanische Bevölkerung, ein Eingreifen der NATO zu provozieren. Ziel sei es, schließ-

lich diese Gebiete dem Kosovo zuzuordnen, sagte Koschnick der in Erfurt erscheinenden „Thüringer Allgemeinen“. Ebenso solle durch Gewalt im Kosovo eine Entscheidung der internationalen Gemeinschaft erzwungen werden, das Kosovo als selbstständigen Staat anzuerkennen. Für diesen Fall warnt Koschnick, dass dann auch die albanische Bevölkerung in Mazedonien eine solche Lösung fordern würde und es letztlich zu einer Auflösung der staatlichen Strukturen auf dem Balkan kommen könnte. Dies wäre nicht nur ein neuer Konflikt, sondern ein neuer Krieg, erklärte Koschnick.

Das UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) meldete indessen, dass alleine in Gnjilane (Ostkosovo) in den letzten Tagen etwa 700 albanische Flüchtlinge aus den drei serbischen Gemeinden Zuflucht gesucht hätten. Medien berichten auch über Panikstimmung in der serbischen Kleinstadt Kursumlja, nördlich des Kosovo. Sie wird mit den bevorstehenden NATO-Militärübungen im Kosovo, aber auch jugoslawischen Manövern in Südsrbien in Zusammenhang gebracht. Laut den Medienberichten entscheiden sich Frauen samt Kindern zunehmend dazu, sich für gewisse Zeit nach Kraljevo oder anderswo in Zentralserbien abzusetzen.

In Serbien verschärft sich somit die Flüchtlingssituation. Ein Problem, das



Wie man Konflikte am brodeln hält: Deutsche KFOR-Einheiten an der Brücke von Mitrovica. Dort haben sie absolut nichts zu suchen.

von den hiesigen Medien fast vollständig totgeschwiegen wird. Angesichts der Vertriebung und der anschließenden Rückkehr von fast einer Million albanischer Flüchtlinge nach Kosovo ist das Schicksal der über 750.000 Vertriebenen und Flüchtlinge in Serbien und Montenegro fast in Vergessenheit geraten. Jugoslawien beherbergt die größte Zahl von Flüchtlingen aller europäischen Länder, und deren Versorgung gestaltet sich infolge der wirtschaftlichen und politischen Probleme äußerst schwierig.

Während inzwischen fast alle kroatischen und kosovo-albanischen Flüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren konnten, sitzen laut Angaben des UNO-Hochkommissariats für Flüchtlinge noch fast 500.000 Serben aus Kroatien und Bosnien sowie etwa 230.000 vertriebene Serben und Roma aus Kosovo in Serbien und Montenegro fest. Mit fast 750.000 Heimatlosen beherbergt Jugoslawien zusammen mit Bosnien - wo 830.000 vertriebene und etwa 50.000 Flüchtlinge leben - mehr Flüchtlinge als jedes andere Land in Europa. Während zumindest die Bosniakisch-Kroatische Föderation bei der Versorgung der Vertriebenen mit der Hilfe vieler Nichtregierungsorganisationen

nen und der Unterstützung durch bilaterale Projekte rechnen kann, ist Jugoslawien wegen der Isolierung der Regierung in Belgrad fast ausschließlich auf die Unterstützung durch UNO-Organisationen, das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) sowie die Solidarität der eigenen Bevölkerung angewiesen.

Für ein Land, das in einer tiefen wirtschaftlichen und politischen Krise steckt, ist die gegenwärtige Lage deshalb fast untragbar, und eine Wende zum Besseren ist nicht in Sicht. Im Gegenteil: Nach Schätzungen humanitärer Organisationen wird die Zahl der Bedürftigen in den nächsten Monaten weiter zunehmen. Wegen der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage sind wieder mehr Flüchtlinge darauf angewiesen, in einer Sammelunterkunft zu leben (die Zahl der Flüchtlinge in Lagern war bis zum Herbst auf 15 Prozent gesunken). Die Zahl der vom Welternährungsprogramm der UNO (WFP) unterstützten Flüchtlinge (340.000) und der vom IKRK unterstützten Vertriebenen (230.000) wird in diesem Jahr deshalb vermutlich kaum zurückgehen.

Gleichzeitig steigt die Zahl der Einheimischen, welche nicht mehr über die

notwendigen Mittel verfügen, um sich mit Nahrungsmitteln und Kleidern zu versorgen, dramatisch an. Das Weltenernährungsprogramm unterstützt deshalb in Serbien seit dem vergangenen Oktober erstmals nicht nur Flüchtlinge mit Nahrungsmitteln, sondern auch sogenannte Sozialfälle. 312.500 Behinderete und Rentner erhalten inzwischen jeden Monat eine Lebensmittelration, welche das Überleben sichern soll. Das IKRK versorgt in 90 Suppenküchen weitere 100 000 Personen mit einer warmen Mahlzeit pro Tag oder Esspaketen.

Zusätzlich boykottiert wird die Durchführung der Hilfsaktion durch den Druck der USA auf UNO-Organisationen wie das WFP, der diese dazu bewegen soll, ihre Zusammenarbeit mit dem Jugoslawischen Roten Kreuz (JRK) einzustellen. Die USA werfen dem JRK Missbrauch von Hilfsgütern und allzu große Nähe zur Belgrader Regierung vor. Sie haben deshalb ihre Beiträge für die WFP-Hilfeprogramme in Serbien seit mehreren Jahren suspendiert. Die Zahlungen an das IKRK wurden von den Maßnahmen bisher nicht betroffen; allerdings wollen die USA auch die Arbeit der Genfer Organisation sabotieren. hav

Wie man Trepca übernimmt

Pläne für den Raub wertvoller Bergwerksgruben der BR Jugoslawiens durch das internationale Kapital

Am 28.2.2000 veröffentlichte Diana Johnson einen Artikel mit dem Titel: „Wie man Trepca übernimmt: Die Pläne und die Propaganda.“¹

Dort enthüllt sie einen Plan, den die international operierende Denkfabrik „Internationale Krisengruppe“ ICG entwickelt, um das im Grenzgebiet Kosovo/Serbien gelegene Bergwerkskonglomerat Trepca in die Hände des internationalen Finanzkapitals zu bekommen.

Die Internationale Krisengruppe (ICG) ist eine hochkarätige Denkfabrik, die von dem Finanzier George Soros unterstützt wird. Sie wurde 1995 vor allem dafür gegründet, Regierungen, die unter Führung der NATO die Umgestaltung des Balkans vornehmen, Handlungsempfehlungen zu geben.

Trepca ist ein Konsortium von ungefähr 40 Grubenbetrieben und Fabriken, die zumeist, aber nicht alle, im Kosovo gelegen sind. Darunter vor allem Stari Trg „eine der ergiebigsten Gruben Europas“ und die ergiebigste auf dem Balkan, die augenblicklich geschlossen ist, sowie die Zvekan-Hütte in Smelter, die nordöstlich von Mitrovica gelegen ist und immer noch von einem serbischen Management geführt wird. In den Minen wird ein spezielles Zinkerz abgebaut, das dort in Verbindung mit viel



Gallium auftritt. Gallium wird in der Verbindung Gallium-Arsenid in Zukunft eine große Rolle als Rohstoff für schnellste Halbleiter spielen.

Am 26. 11. letzten Jahres gab die ICG ein Papier heraus mit dem Namen: „Trepca: Sinn in das Labyrinth bringen“, in dem der UN-Mission im Kosovo (UNMIK) der Rat gegeben wurde, schnellstmöglich die Bergwerksgruben in Trepca von den Serben zu übernehmen, und dem auch Erklärungen beigelegt waren, wie das zu geschehen habe.

Schon am 25. Juli hatte der Leiter der UN-Mission im Kosovo Bernard Kouchner ein Dekret erlassen, in dem es hieß, „(dass) die UNMIK den festen und beweglichen Besitz, inklusive der Bankguthaben und anderer von oder im Namen der serbischen Republik Jugoslawiens und der Republik Serbiens oder

einem ihrer Organe in der Republik Kosovo geführten Besitztümer verwalten soll“. Das Papier der ICG fordert, dass UNMIK und KFOR eine schnelle und entschiedene Übernahme des Trepca-Komplexes vornehmen sollen, „einschließlich der sofortigen vollständigen Schließung der umweltgefährdenden Anlagen in Zvecan“. An Zvecan ist in Wirklichkeit nur eines nicht in Ordnung, dass sie von Serben betrieben wird und für Jugoslawien Gewinne erwirtschaftet.

Diese eklatante Übernahme wertvollen Besitzes in einem Gebiet, das nominal immer noch ein Teil Serbiens ist, wird natürlich als notwendige Maßnahme zum Schutz der unterdrückten Albaner gerechtfertigt. „Die Rückkehr auch nur einiger weniger hundert kosovarischen Bergleuten würde für alle Kosovaren das Zurückgewinnen ihrer Heimat bedeuten.“

Tatsächlich ist aber an eine Übernahme der Gruben durch die Albaner auch nicht gedacht. Der Report folgert: „Einfach die Trepca-Gruben den Kosovaren auszuhändigen, verbietet sich angesichts der Knappheit vor Ort in der Verfügbarkeit neuester Technik, der Notwendigkeit international verifizierbarer Standards gegen Korruption“ sowie der Beschädigung der Einrichtungen von selbst. Und was die „Tausende von Jobs“ angeht, die von und für Kosovo-Albaner geschaffen wurden, die stehen nicht auf der Tagesordnung der internationalen Gemeinschaft.

(1) nachzulesen unter: de.soc.politik.texte. In dem Artikel auch weitere interessante Links

Entschädigungsfrage immer noch offen

Erneut wurden die Verhandlungen über die Entschädigung ehemaliger NS-Zwangsarbeiter vertagt, auf den 22. und 23. 3. Die Zeit wird immer knapper, täglich sterben ehemalige Zwangsarbeiter. Die Bundesregierung will das Gesetzgebungsverfahren jedoch erst nach Abschluss der Verhandlungen in Gang bringen, d.h. wenn sie durchgesetzt hat, dass „die deutsche Seite“ vor Klagen und jedweden Ansprüchen von Opfern der faschistischen Verbrechen sicher sein kann.

Die eine Frage, an der sich Verhandlungen Anfang März sich festbissen, war die Forderung nach Reparationen, die die US-Regierung eingebracht hatte. Auf der einen Seite ist diese Forderung mehr als berechtigt. Denn die Reparationsfrage wurde im Londoner Abkommen bis zum Abschluss eines Friedensvertrages zurückgestellt. Im Zwei-plus-Vier-Vertrag wurde sie nicht angesprochen, sie ist also immer noch offen. Die Rechtsnachfolger des faschistischen Deutschen Reiches wollen mit dem Abkommen über die Entschädigung der NS-Zwangsarbeiter auch Reparationsforderungen ein für alle Mal abschmettern. Das ist schier unerträglich. Auf der anderen Seite ist der sich andeutende „Kompromiss“, einen Teil der Reparationen, nämlich Vermögensansprüche nicht rassistisch Verfolgter, aus dem Fonds zu bezahlen und also von dem Geld abzuzweigen, das an ehemalige Zwangsarbeiter ausgezahlt wird, nicht besser, zumal damit ebenfalls die Reparationsfrage endgültig geklärt sein soll (Ausnahme: Griechenland).

Die zweite Frage, über die lange verhandelt werden musste, war das deutsche Begehr, aus dem Fonds ca. 1 Mrd. DM für einen sog. „Zukunftsfoonds“ aufzuwenden. Das hätte bedeutet, dass an die Opfer, zieht man darüber hinaus Verwaltungs- und Anwaltskosten ab, nur 7,7 Mrd. von den 10 Mrd. DM ausgezahlt werden sollten. Nach hartnäckiger Intervention Überlebender – wir dokumentieren im folgenden aus einem Brief Überlebender und ihrer Organisationen an die deutsche Verhandlungsdelegation in Washington – will Lambsdorff die Summe für den Zukunftsfoonds auf 700 Mio. „begrenzen“ – für die Überlebenden blieben dann 8,1 Mrd. DM, vorausgesetzt, die deutschen Unternehmen bringen endlich mehr als die lächerliche Summe von bisher 2,2 Mrd. DM auf. *scc*

Zukunftsfoonds halbieren – Projekte für Überlebende finanzieren

Sehr geehrte Damen und Herren,
(...) Bisher will die Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft zwanzig Prozent der von ihr zugesagten Einzahlung – eine Milliarde Mark – den überlebenden Opfern vorenthalten und stattdessen

einen „Zukunftsfoonds“ gründen. Damit könnte man am besten die Erinnerung an den Holocaust wach halten, zukünftige Völkermorde verhindern und Toleranz fördern.

Bei einer Verzinsung von fünf Prozent hätte dieser Fonds, ausgestattet mit einer Milliarde DM, jährliche Projekte in Höhe von 50 Millionen DM zu finanzieren.

Wir, die Überlebenden nationalsozialistischer Verfolgung und ihre Organisationen, kennen bis heute keine Projektvorschläge, die dem hohen Anspruch des Zukunftsfoonds gerecht würden und die jährliche Bereitstellung einer solchen Summe rechtfertigen könnten. (...)

Unsere dringende Bitte an die deutsche Verhandlungsdelegation in Washington: Halbieren Sie die Mittel für den Zukunftsfoonds!

Jährliche Erträge von 25 Millionen Mark eines auf 500 Millionen halbierten Zukunftsfoonds reichen aus, um ihn handlungsfähig zu machen. Binden Sie die Projekte dieses Zukunftsfoonds für zehn Jahre an eine eindeutige Zweckbestimmung: die Sicherung eines würdigen Lebensabends für die überlebenden Opfer nationalsozialistischer Verfolgung.

Noch haben Jugendliche und Wissenschaftler die Chance, in unmittelbarem Kontakt mit den Überlebenden Geschichte zu erfahren. Wenn unsere Kameraden in Mittel- und Osteuropa in Verbitterung und Armut verstummen, verpassen wir eine der größten Chancen, nach einer schrecklichen Vergangenheit eine würdige Zukunft aufzubauen und zu gestalten. (...)

Ohne verantwortliches Handeln gegenüber den Opfern heute und hier wird jede Beschwörung der Zukunft zur inhaltsleeren Floskel.

*in Washington: Oldrich Stransky, Felix Kolmer, Prag; Pieter Bosman, Apeldoorn; Lothar Evers, Köln
unterstützt von: Mario Salvatore Bortorelli, London; Kurt Goldstein, Fred Dellheim, Berlin; Alfred Hauser, Stuttgart*

Er starb, weil man ihm zum Spitzel machen wollte

Brennend, gleich einer lebenden Fackel, lief am vergangenen Mittwochnachmittag, dem 8. März 2000, der 28jährige Kurde Hamza Polat vor den Augen von Angehörigen, Besuchern und Passanten die breite Treppe des Berliner Reichstagsgebäudes bis zur Rampe hinauf, wo er sterbend zusammenbrach. Jegliche Hilfe kam zu spät; auf dem Weg zum Krankenhaus erlag er seinen schweren Brandverletzungen.

Tief erschüttert stehen wir Kurdinnen und Kurden in Deutschland vor dieser verzweifelten Tat, diesem Fanal, mit dem ein junger Freund von uns sein Leben selbst beendet hat. Seine Handlung setzt-

te den endgültigen Schlusspunkt nach jahrelangem Druck, dem er durch die menschenverachtende Praxis deutscher und türkischer Geheimdienstmethoden ausgesetzt war.

Es begann Newroz 1994, als Hamza Polat in den Blickpunkt deutscher Behörden geriet. Er gehörte damals zu den kurdischen Frauen und Männern, die aus Protest gegen das Verbot ihrer Newrozfeiern die Autobahn bei Augsburg blockiert hatten. Bald darauf wurde der türkische Pass eines seiner Verwandten auf Grund eines Gerichtsverfahrens beschlagnahmt; im Interesse seines Cousins musste Hamza Polat deswegen mehrfach das zuständige türkische Konsulat aufsuchen.

Sowohl Angehörige des deutschen wie des türkischen Geheimdienstes versuchten seit damals immer wieder, ihn dafür zu gewinnen, seine kurdischen Landsleute auszuhorchen und zu bespitzeln. Dafür waren alle Mittel recht: Versprechungen finanzieller Art oder selbst die eines (türkischen) Diplomatenpasses, auf der anderen Seite aber auch Erpressung, Drohungen und Einschüchterungen.

Die Wahl des Ortes seiner Selbstverbrennung, das bundesdeutsche Parlamentsgebäude, weist darauf hin, dass er damit vor allem die deutschen PolitikerInnen anklagen wollte, die solche Praktiken durch Gesetze decken. Auch eine Aussage seiner Mutter weist in diese Richtung: Sie macht in erster Linie den deutschen Staat für den Tod ihres Sohnes verantwortlich und erklärte, die Familie habe versucht, den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in dieser Sache einzuschalten, es habe sich jedoch kein Rechtsanwalt für ein solches Verfahren bereitgefunden.

Vor wenig mehr als zwei Jahren hatte sich bereits ein junger Kurde selbst verbrennt, der der deutschen Polizei und den Staatsanwaltschaften jahrelang als „Kronzeuge“ gedient hatte und der dadurch seine persönliche Ehre und das Recht zu leben verloren zu haben glaubte.

Zwar ist die „Kronzeugenregelung“ in deutschen Gerichtsverfahren – außer in Bezug auf Drogendelikte – inzwischen gesetzlich abgeschafft worden. Spitzel, Agenten und Provokateure werden jedoch weiterhin angeworben, auch von deutschen Dienststellen. Und die Machenschaften des türkischen Geheimdienstes (MIT) in der Bundesrepublik werden geduldet, wie schmutzig sie auch immer sein mögen.

Wie viele Menschenleben, auch wenn deren Ende sich nicht so flammend in der Öffentlichkeit abgespielt hat, sind auf solche Weise schon zerstört worden?

Hamza Polat wird uns stets unvergessen bleiben, als ein hoffnungsvoller junger Mensch, der durch die Unmenschlichkeit staatlicher Erpressungssysteme in den Tod getrieben wurde.

YEK-KOM, Föderation Kurdischer Vereine in Deutschland e.V.

EU: Die Ost-Südostweiterung kann vorhandenes kulturelles Kapital nutzen

Die Ausdehnung der Europäischen Union auf das Territorium der früheren RGW-Mitgliedsstaaten geschieht als Nachvollzug der (westeuropäischen) ökonomischen Expansion in die Volkswirtschaften dieser Länder. Am Beispiel einer (vom Münchner Südosteropa-Institut veröffentlichten) Studie – erstellt für die vom DIHT gegründete „Repräsentanz der Deutschen Wirtschaft“ – zu den Erfahrungen deutscher Investoren in Rumänien können zwei Interessenselemente dieser Expansion festgemacht werden, die auf ein historisch fundiertes strategisches Konzept hindeuten. In die Nennung der selbstverständlichen Motive ihrer dortigen Investitionstätigkeit – wie „niedrige Arbeitskosten, geringere Umweltauflagen, Erschließung neuer Absatzmärkte“ o.ä. – fließt stets ein die Benennung der Faktoren für eine erfolgreiche Realisierung dieses auswärtigen Engagements. Hier wird zum einen die Bewahrung der politischen Stabilität sowie die Angleichung der Gesetzgebung an die EU-Regelungen betont. Dieses Interesse ist verknüpft mit dem Interesse am Erhalt der nationalstaatlichen Eigenständigkeit dieses Investitionslandes sowie an der Verbesserung seines „Image“. Hier geht es um die Bewahrung einer nichtdeutschen Plattform – bei gleichzeitig prägender deutscher Einflussnahme, von der aus ökonomische Expansion sowohl in Richtung Balkan wie auch in Richtung ehemalige UdSSR möglich sein soll. Dass hier in den 90er Jahren eine „deutsche Minderheit“ (u.a. in „Siebenbürgen“) rekonstituiert und eine entsprechende Schutzmachtfunktion der BRD etabliert werden konnte – bleibt zunächst vollständig außen vor.

Zum anderen wird die Gewinnung von zweierlei Führungskadern als unerlässliche Voraussetzung für den dortigen Investitionserfolg angesehen: Vor allem in der Phase des Sich-dort-Festsetzens wird von der Hälfte der befragten Unternehmen „als conditio sine qua non [des] ... Erfolgs die Anstellung deutscher Staatsbürger (Entsandkräfte) in Top-Positionen betrachtet. Gleichzeitig bildete sich eine distinkte Gruppe von Firmen (33 Prozent) – größtenteils aus dem Produktionsbereich – heraus, nach deren Ansicht die Staatsbürgerschaft des Managers eine geringere Rolle spielt als die Kompetenz, die Vorrang haben sollte“¹. Die Studie hebt an verschiedenen Stellen ab auf das – letztlich überwiegende – Interesse an der Herausbildung eines inländischen Managertyps, der besonders auf der mittleren „Führungsebene“ Verwendung finden soll. Die diesbezügliche

Personalrekrutierung soll durch sorgfältige Auswahl bestimmt sein: Die inländischen „Führungs Kräfte“ müssen „arbeitsam, qualifiziert und loyal“ sein und „sollten gute Deutschkenntnisse haben“. Das Anforderungsprofil für die deutschen „Entsandkräfte“ auf der obersten Leitungsebene hebt vor allem die Fähigkeit zur „straffen Organisation und hierarchischen Führung des Unternehmens“ hervor – aber auch: die Fähigkeit zur „Anpassung an die ... [inländische] Mentalität“ (dt.)! Diese Paarung beim Anforderungsprofil wiederholt sich in den Empfehlungen an die neu ankommenden Investoren: Dort, in dieser fremden Umgebung, sind einerseits „Vorsicht und Geduld“ geboten – das betrifft v.a. die inländischen Gegebenheiten und den Umgang mit den Verantwortlichen der inländischen Einrichtungen. Und andererseits ist beim Auftreten von Problemen – etwa bei der Durchsetzung des „deutschen Betriebsstandards“ – „entschlossenes Handeln zu deren Beseitigung“ notwendig (dt.).

Beide Interessenselemente – das Interesse am Erhalt der nationalstaatlichen Eigenständigkeit (wenn auch in der Perspektive einer EU-Bundesstaatlichkeit) sowie das Interesse an der Rekrutierung inländischer Leitungskader (plus die Bereitschaft zur Anpassung an die inländische Mentalität) – lässt ein strategisches Konzept deutlich werden, bei dem der unmissverständliche Wille zur deutschen „Führung“ gekoppelt ist mit der Fähigkeit zur quasi multikulturellen Duldsamkeit – und zwar unterhalb der prägenden deutschen Ausrichtung des Ganzen: Die Hegemonie der deutschen Kultur erweist sich gerade in der Fähigkeit zur Integration der nichtdeutschen Kulturen ... *So selbstsicher kann nur auftreten, wer nicht nur „den Südosten“, sondern nahezu „ganz Europa“ schon einmal „gehabt“ hat!* Mit anderen Worten: Hier liegt eine historische Fundierung zugrunde, die den Blick freigibt auf jenes – in der deutschen und in der österreichischen Gesellschaft sedimentierte – kulturelle Kapital, das zum Fuß-Fassen bzw. zur Selbstbehauptung in einer andersartigen peripheren Umgebung sowie zur dauerhaften Anbindung an das deutsche Zentrum befähigt. Wie der nachfolgende Auszug aus einer entsprechenden historischen Studie verdeutlicht, ist dieses kulturelle Kapital vor der Herausbildung des Habsburger Reichs angehäuft worden und dann als Erbe eingegangen in die Gesellschaft dieses Habsburger Reichsverbands. Dort findet sich dieses kulturelle Erbe bis auf

den heutigen Tag sedimentiert in diversen Bereichen – Familienverbänden, akademischen Corps (u.a. Juristen!), Traditionenverbänden und industriellen bzw. wirtschaftlichen Verbänden.

„Es kann überhaupt kein Zweifel [daran] bestehen, dass die katholischen Gesellschaften Europas schon vor 1492 tiefgehende Erfahrungen mit kolonialistischen Unternehmungen gemacht hatten. Sie waren vertraut mit den Problemen und Verheißen der Besiedlung neuer Territorien, und sie waren bereits mit all jenen Fragen konfrontiert worden, die durch den Kontakt mit Völkern aus einem völlig andersartigen Kulturreis aufgeworfen werden ... – Eroberung, Kolonialisierung, Christianisierung – dazu gehörten: die Techniken der Ansiedlung in einem neuen Land; die Fähigkeit, mit Hilfe rechtlicher Formen und beharrlich gepflegter Einstellungen eine kulturelle Identität aufrechtzuerhalten; die Institutionen und die Weltanschauung, die erforderlich sind, wenn man dem Fremden ... begegnen und standhalten, wenn man es zurückdrängen und mit ihm leben will.“²

Dieser Punkt lässt sich ganz gut verdeutlichen in Anknüpfung an ein Interview, was die *Welt am Sonntag* am 27.2.2000 (S. 33ff.) unter dem Titel „Ist Jörg Haider ein Faschist, Kaiserliche Hohheit?“ veröffentlicht hat. Dieses Interview wurde gemeinsam durchgeführt von Peter Gauweiler und Klaus Bölling – und zwar mit Otto von Habsburg, Sohn des letzten österreichischen Kaisers, ehemaliges CSU-Europaparlamentsmitglied und Initiator jener Kundgebung der Panropaunion an der ungarisch-österreichischen Grenze (1989), die dann zum „Durchbruch durch den Stacheldrahtzaun“ sowie zum Weitertransport von DDR-Bürgern nach Bayern führte.

Klaus Bölling erwähnt im zweiten Teil des Interviews die Besorgnis von Jacques Delors, die dieser soeben in *Le Monde* geäußert hat hinsichtlich der „Gefahr, dass das Gemeinschaftsprojekt verwässert wird, weil ein Europa mit womöglich 30 oder noch mehr Mitgliedern schwierlich oder gar nicht die ehrgeizigen Ziele erreichen kann, die sich die EU im Vertrag von Maastricht gesteckt hat ... Teilen Sie solche Befürchtungen des Franzosen? – Habsburg: Es gibt zweifelsohne solche Gefahren. Trotzdem brauchen wir die Erweiterung. – Bölling: Aber wir brauchen auch die Vertiefung ... – Habsburg: Natürlich ...“ Interview-Botschaft Nr. 1: „Der Franzose“ will die EU-Expansion, aber er *hat kein einheitswahrendes Konzept!* „Gauweiler: Nicht nur

unter Euroskeptikern herrscht die Besorgnis über den Zentralismus ... Sie sind der Vater der Pan-Europa-Idee, im Geiste von Coudenhove-Kalergi. Muss man Europa vor der EU schützen? – Habsburg: In gewissen Dingen ja. Wir haben auch die Waffen dafür, wir nutzen sie nur nicht. Das Große am Maastrichter Vertrag ist



Habsburger Wirken: Parade eines Infanterieregiments in Brünn (Brno), der Hauptstadt Mährens, im Jahre 1900.

die Tatsache, dass er zum ersten Mal das Subsidiaritätsprinzip beinhaltet und es einklagbar gemacht hat. Das können nur jene, die die Subsidiarität berührt: die einzelnen Staaten, die Regionen und so weiter. – Bölling: Erläutern Sie bitte, was Sie unter Subsidiarität in der praktischen Politik meinen. – Habsburg: Das bedeutet, dass die größere Einheit niemals Aufgaben übernehmen darf, die die kleinere Einheit zufriedenstellend erfüllen kann ...“ (dt.) Z.B. eine unter vorherrschend großdeutschem Einfluss stehende Staatengruppe in Mittel-/Südost-Europa ...

Interview-Botschaft Nr. 2: Die (süd-)deutsch-österreichische Seite will die EU-Expansion und *hat ein einheitswährendes Konzept!* Gauweiler hebt in einer Extra-Kolumne („Ein europäischer Souverän“) zur Person des Otto v. Habsburg – den er an einer Stelle mit „Kaiserliche Hoheit“ anspricht – hervor, dass dieser „noch heute“ das mit diesem Namen verbundene Jahrhundertealte Herrscherhaus repräsentiert und dass der seinerzeitige bayerische Ministerpräsident F. J. Strauß (persönlich!) diesen Inhaber einer doppelten Staatsbürgerschaft als Vertreter für das Europäische Parlament vor-

geschlagen hat: „Man muss sagen, dass er das Beste ist, was die Union je in das Europaparlament geschickt hat.“ (dt.) Will man wissen, warum die (süd-)deutsche Seite dieses Kulturkapiat nicht nur am Leben erhalten, sondern ausgerechnet dort zwischengelagert hat, dann müssen zwei Hinweise Gauweilers aufgegriffen werden – der Hinweis auf Coudenhove-Kalergi und der Hinweis auf das Wirken des Habsburger Hauses, spricht: des Habsburger Reichsverbands.

Richard N. Coudenhove-Kalergi hat 1925 seine Skizze der Entwicklungsstufen Pan-Europas, wie es seinerzeit von Großbanken und dem AEG-Konzern angestrebt wurde, so zusammengefasst: „Die Krönung der paneuropäischen Bestrebungen wäre die Konstituierung der Vereinigten Staaten von Europa nach dem Muster der Vereinigten Staaten von Amerika. Pan-Europa würde den übrigen Weltteilen und Weltmächten gegenüber als Einheit auftreten, während innerhalb der Föderation jeder Staat ein Maximum an Freiheit hätte. Pan-Europa hätte zwei Kammern: ein Völkerhaus und ein Staatenhaus; das Völkerhaus würde aus dreihundert Abgeordneten von je einer Million Europäern bestehen – das Staatenhaus aus den sechszwanzig Vertretern der sechszwanzig europäischen Regierungen ...“³ Coudenhove-Kalergi ist – erkennbar – einer der geistigen Väter des konservativ-nationalliberalen Bündnisses in Sachen Deutsch-europa: Die völkische Strömung klaut sich ihr „Europa der Völker“ (mit dem großdeutschen Block als Zentrum ...) mit ebenso viel Berechtigung aus dieser Konzeption, wie die konservative Strömung ihr „(föderatives) Europa der (Bundes-)Staaten“ (Stichwort: „Subsidiarität“, „Regionalismus“) darin gewährleistet sieht. Letzteres ist eine Konzeption, die ebenfalls – wenn auch auf andere Weise – hinzielt auf ein deutsches Übergewicht, und zwar in Gestalt einer mittel-/südosteuropäischen Staatenverbindung, in der das deutsche Element ausgehend von seinem Kerngebiet und seinen „Minderheitengebieten“ einen prägenden Einfluss wahrzunehmen weiß.

Gauweilers Hinweis auf das Wirken des Habsburger Hauses hat die Redaktion der *Welt am Sonntag* dahingehend verbildlicht, dass sie in einer handbreiten Randspalte (auf der 2. Interviewseite von oben bis unten) den „Aufstieg und Niedergang der Habsburger“ graphisch-textlich dokumentiert – von 1273 bis 1918. Der Leser kann dieser Aufbereitung u.a. entnehmen, dass der Habsbur-

ger Reichsverband die Kontinuität des „Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation“ lange bewahrt hat und dass er dieser (karolingisch-fränkischen) Idee des Universalreichs (später: des „Viel-völker-Staats“) eine eigene Ausprägung zu geben wusste. Was diese eigene Ausprägung anbelangt, so lässt sie sich dahingehend charakterisieren, dass die Gewährung von Zuckerbrot dort, wo es opportun war, stets die Option zum Einsatz der Peitsche offen hielt. Die Regierung des „Großdeutschen Reichs“ hat sich später daran ein Beispiel genommen:

Brigitte Hamann erwähnt in ihrer geschichtskritischen Untersuchung die anerkennenden Worte Hitlers (1942) zu „der Art des Wieners, geschichtlich zu denken“. Er habe damit den Dr. Arthur Seyß-Inquart gemeint, „den aus Österreich stammenden Reichskommissar für die besetzten Niederlande. Dieser habe bezüglich der künftigen Behandlung Belgiens ohne viel Nachdenken gesagt: Aber es war doch vor 150 Jahren noch unsere Provinz. (Der katholische Teil der Niederlande, Belgien, gehörte seit 1477 zum burgundischen Erbe der Habsburger und löste sich erst infolge der Französischen Revolution heraus.) ... – Beispiele dieser Art wären zu vermehren und zeigen, wie intensiv H. [Hitler] immer noch in den Maßstäben der österreichischen Geschichte dachte. Manchmal hatte er sogar auch Lob parat, wie Goebbels 1943 festhielt: ‚Der Führer schildert mir den Ostmarken als kolonialistisch sehr begabt.‘ – H. zu Hans Frank [„Protektorat Böhmen-Mähren“]: Wissen Sie, was Sie da von den Prinzipien der alten österreichischen Verwaltung fremdvölkischer Gebiete schreiben, ist absolut richtig. Die österreichische Verwaltung war die beste der Welt. Der österreichische Bezirkshauptmann war der Monarch seines Bezirks. Das war echtes, väterliches Führerprinzip ...“⁴

Hier schließt sich der Kreis zu den Ausführungen am Beginn: Der Rückgriff auf ein Kulturkapiat, das ihr eine prägende Selbstbehauptung im Vorgang der EU-Erweiterung ermöglicht, verschafft der deutschen Seite die Fähigkeit zur gleichzeitigen Expansion und Integration. Die Kader, die hierfür mobilisiert werden müssen, sind längst da – in der deutschen „Sprach- und Kulturgemeinschaft“. *huh*

Quellen:

- 1 Christina Nitescu, „Das Investitionsklima in Rumänien. Erfahrungsbericht aus der Sicht deutscher Unternehmen“, in Zschr.: „Südost-Europa“, H 1-2/ Jg. 1999, S. 98ff.
- 2 Robert Bartlett, „The Making of Europe. Conquest, Colonization and Cultural Change, 950-1350“, London 1993, deutscher Titel: „Die Geburt Europas aus dem Geist der Gewalt – Eroberung, Kolonialisierung und kultureller Wandel von 950 bis 1350“, München 1995, S. 375f.
- 3 Reinhard Opitz, „Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945“, Dokumentation, Köln 1977, S. 495ff.
- 4 Brigitte Hamann, „Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators“, München 1996, S. 157f.

Schlimme Niederlage für die Linke

Die konservative Volkspartei (PP) des spanischen Ministerpräsidenten Jose Maria Aznar hat bei der Parlamentswahl am Sonntag die absolute Mehrheit gewonnen. Dem vorläufigen amtlichen Endergebnis zufolge erreichte die PP 44,54 Prozent der Stimmen und eroberte damit 183 von 350 Mandaten. Die oppositionellen Sozialisten kamen nur noch auf 34 Prozent der Stimmen und stellen künftig lediglich 125 Abgeordnete, 16 weniger als bisher. Die Wahlbeteiligung am Sonntag lag bei knapp 70 gegenüber 77 Prozent vor vier Jahren. Die katalanische Partei Konvergenz und Einheit von Jordi Pujol gewann 15 Mandate (minus eins) und löst damit die Vereinte Linke als drittstärkste Partei ab. Die gemäßigte Baskische Nationalpartei errang sieben Sitze (plus zwei). Der Spitzenkandidat der spanischen Sozialisten, Joaquin Almunia, trat noch in der Wahlnacht von seinem Amts als Parteichef zurück. Die mit den Sozialisten Verbündete Vereinte Linke verlor 13 Sitze und stellt künftig nur noch acht Abgeordnete.

Das Wahlergebniss ist wohl als Überraschung zu werten. Zumindest wenn man die Analysen der Presse vor der Wahl Revue passieren lässt, war einhellige Meinung: Es wird ein Kopf-an-Kopf-Rennen geben. Genährt wurde diese Auffassung auch dadurch, dass sich die sozialdemokratische PSOE und die Vereinigte Linke IU relativ kurz vor der Wahl zu einem Wahlbündnis entschlossen haben. Die beschlossene Wahlplattform schien doch für einige Kommentatoren die Möglichkeit zu bieten, ein größeres Wählerpotential für das linke Wahlbündnis auf die Strasse zu bringen.

In der Präambel zum gemeinsamen Bündnis warfen sie der spanischen Regierung vor, sie sei „autoritär“, „überheblich“ und „missbraucht die Medien für sich“. Dem stellte das Linksbündnis ein Paket entgegen, das aus einem Gesetz zur Einführung der 35-Stunden-Woche, der Beschränkung von Zeitarbeit und einem Ansteigen der Mindestlöhne besteht. Im Sozialsektor wurde die Anhebung der Mindestrenten gefordert, eine Verbesserung der medizinischen Versorgung und eine Angleichung der Leistungen zwischen den armen und reichen Regionen. Neben Punkten wie Ersatz von Atomkraft durch alternative Energiequellen und Gleichberechtigung der Frau fand sich vor allem in der „Politik der Autonomen Regionen“ Neues. Die Linke setzte auf eine Befriedung des Basenlandes mittels Dialog und will einen „Staat aus autonomen Regionen mit der Perspektive eines föderalen Systems“ einführen. Die beiden großen spanischen Gewerkschaften UGT und Arbeiterkommissionen unterstützten dieses Wahlpro-

gramm. Und nun dieses Desaster. Wieso konnten die Menschen nicht für dieses einigermaßen soziale Programm mobilisiert werden? Was machte die Konservative Partei unter Aznar besser?

Im Grunde operierte die Regierung nur mit einigen wenigen klassischen Propagandaschlagwörtern. „Keine sozialistische Experimente, denn: Espana va bien“ – Spanien geht es gut – so der ständige Slogan von Aznar. Die Konservativen konnten dabei mit einigen positiven Zahlen prahlen. So seien in den letzten Jahren fast zwei Millionen neue Jobs geschaffen worden. Vor allem die jungen Berufseinsteiger, die oft nur auf Zeitverträge hoffen können, unterstützen Aznars Politik. Umfragen belegen, dass die Spanier zufrieden mit der konservativen

Prozentpunkt gewachsen sind, haben sich die Gewinne der Firmen versechsfoldigt“, erklärt Antonio Ferrer, stellvertretender Generalsekretär des Gewerkschaftsbundes UGT. Besonders drastisch zeigt sich diese Entwicklung bei den unteren Einkommensschichten. Obwohl die Mindestlöhne nach dem europäischen Sozialvertrag wenigstens 60 Prozent des Durchschnittslohns betragen sollen, liegen sie in Spanien bei grade mal 36 Prozent.

Trotz dieser dann letztlich doch schlechten Daten für die Konservativen zog das Programm der Linken nicht. Die Frage noch einmal: Warum?

Wahrscheinlich trauten die spanischen Wähler ihren Pappenheimern nicht. Denn es ist noch gut in Erinnerung,



Das hat man davon wenn man den falschen Leuten die Hände schüttelt. Der jetzt zurückgetretene Vorsitzende der Spanischen Sozialisten Almunia (rechts) hatte auch keine Hilfe an dem deutschen Kriegsminister (links).

Regierung von Aznar sind.

Auch international staunte man über das „spanische Wirtschaftswunder“: Die Wirtschaft des Landes wächst schneller als der EU-Durchschnitt, die Peseta ist stabil. Die Staatsfinanzen sind konsolidiert, die Inflationsrate befindet sich mit 2,9 Prozent auf den tiefsten Stand seit langem.

Aber wie immer, sieht man hinter die Kulissen, wird aus dem glänzenden Theater eine Schmierenposse. Denn auch wenn die Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren deutlich reduziert wurde, so liegt sie immer noch auf einem überdurchschnittlich hohen Niveau. Zudem basieren über 70 Prozent der von der Aznar-Regierung geschaffenen Arbeitsplätze auf Zeitverträgen, was bedeutet, dass bald 1,4 Millionen Spanier wieder ohne Arbeit sind.

Auch bei den Einkommen kann von einem „Wunder“ keine Rede sein. „Von Aznars Wirtschaftspolitik profitiert nur eine kleine Minderheit in der Finanzwelt und wenige Großkonzerne. Während die Löhne seit 1996 gerade mal einen halben

dass die neoliberale Politik nicht von Aznar erfunden wurde, sondern dieser nur das fortführte, was der sozialistische Wirtschaftsminister Pedro Solbes schon vor ein paar Jahren begonnen hat. Mit der Deregulierung des Arbeitsmarktes, Privatisierungen von Staatsbetrieben und einer unpopulären Spar- und Haushaltspolitik machten sich die Sozialisten schon damals weder bei Gewerkschaften noch bei den Wählern beliebt. Die Quittung kam mit der Abwahl 1996. Und wie verquer sich die politischen Gedankengänge der Sozialisten entwickeln, zeigte sich drei Tage nach Gründung des Wahlbündnisses mit der „Vereinigten Linken“. Da erklärte nämlich der PSOE-Vorsitzende Almunia vor einer Gruppe von Wirtschaftswissenschaftlern: „Niemand verteidigt in Spanien heutzutage den freien Wettbewerb, den freien Markt und führt den Kampf gegen Oligopole besser als die PSOE.“ Für die Verteidigung des freien Marktes gab es jetzt die Quittung. Die linke Perspektive liegt geschlagen am Boden.

hav



„Hart durchgreifen“

Das war schon immer die Parole des peruanischen Präsidenten Alberto Fujimori. Vor allem in Wahlkampfzeiten. Das mussten letzte Woche auch die Insassen des größten peruanischen Gefängnisses Lurigancho erfahren. Ihr Aufstand wurde mit Gewalt niedergeschlagen. Hubschrauber beschossen zunächst die auf den Flachdächern der Gefängnistakte versammelten Aufständischen mit Tränengasgranaten. Anschließend wurden sie von Spezialeinheiten zurück in die Zellen getrieben. Einen Toten und 44 Verletzte gab es nach Angaben der peruanischen Polizei. Angehörige der Insassen gehen allerdings von fünf Toten und mehreren Hundert Verletzten aus. Die unmenschlichen Haftbedingungen in peruanischen Knästen haben in diesem Jahr schon zu mehreren Aufständen geführt. So sind im Lurigancho-Gefängnis über 6.000 Insassen untergebracht, geplant wurde es für 1.500. Wasser gibt es nur für eine Stunde am Tag, und wer keine Unterstützung von Angehörigen erhält, muss oft hungern.

Indien: Frauendorf geräumt

Am internationalen Frauentag hat die Regierung des indischen Bundesstaates Madhya Pradesh ein von Frauen errichtetes Protestdorf räumen lassen. Insgesamt wurden über 300 Personen verhaftet. Schon seit Wochen kampierten Hunderte von Dorfbewohnerinnen vor den Toren der „Shree Maheswar Hydro Power Corporation“, um gegen die drohende Vertreibung von 40 000 Menschen für den Bau des Maheswar-Damms zu protestieren. Unter den von der Polizei geschlagenen und verhafteten Frauen befindet sich auch Chittaroopa Palit, eine der Anführerinnen der „Rettet den Nar마다“ -Bewegung. Aus Protest gegen die Polizeiaktion ist Palit im Gefängnis in einen befristeten Hunger- und Durststreik eingetreten.

Chile: Nazis halten an ihrem Kongress fest

(Santiago, 3. März 2000, comcosur-Pool). – Trotz des Verbots durch die Regierung und der verbreiteten Empörung in großen Teilen der Bevölkerung wollen die chilenischen Nazis weiterhin einen „Weltkongress“ im April dieses Jahres abhalten. Ihr Anführer Alexis López erklärt, es gebe keine gesetzlichen Instrumente, das Treffen zu verbieten. Er forderte die Regierung auf, das juristische

Argument zu nennen, mit dem „eine Sache, die legitim ist“, verhindert werden solle. Der Nazi-Kongress ist für den 17. bis 22. April vorgesehen. Delegationen aus mehreren lateinamerikanischen und europäischen Ländern haben sich angekündigt. Die noch amtierende Regierung unter Eduardo Frei hat ihren „unveränderten Willen“ bekundet, das Treffen mit allen Mitteln in ihrer Macht zu verhindern. Das Außenministerium drückte in einer Mitteilung die „kategorische Ablehnung einer totalitären Doktrin wie der des Nazismus“ aus, „die Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und andere Formen der Diskriminierung gepredigt hat und für eine der größten Tragödien in der Geschichte der Menschheit verantwortlich war“. Sollten die Nazis es auf eine Machtprobe mit dem Staat ankommen lassen, dann muss im April der neu gewählte Präsident Ricardo Lagos über die Regierungsreaktion entscheiden.

Mexico

Leymex-ArbeiterInnen fordern unabhängige Gewerkschaftsvertretung

Am 7. März reichte die Gewerkschaft 6. Oktober ein Ansuchen für das Kollektivvertrags-Verhandlungsrecht für die Maquiladora Leymex-ArbeiterInnen ein. Die Petition wurde von 135 der 200 ArbeiterInnen der Maquila unterschrieben.

Maquila ist eine Tochtergesellschaft des HanYoung-Konzerns in Mexiko und produziert für Hyundai. Die Leymex-Maquiladoras haben einen Schutzvertrag mit einer Gelben Gewerkschaft unterzeichnet, die mit der Regierung verbunden ist und die Forderungen und Probleme der ArbeiterInnen ignoriert. Die Gewerkschaft 6. Oktober ruft alle zur Solidarität mit diesem neuen Kampf für unabhängige Gewerkschaften in den Maquiladoras auf, die sich jetzt der Reaktion des Konzerns und der Regierung von Baja California gegenüber sehen. (Enrique Hernandez Felix, Generalsekretär der Gewerkschaft 6. Oktober. Quelle: LabourNet Austria)

Russische Papiermühlenarbeiter durch Verrat zu Fall gebracht

Die Arbeiter der Papier- und Zellulosemühle Vyborg in Sovietsky town (zwischen St. Petersburg und finnischer Grenze) haben vor zwei Jahren den Betrieb unter ihre Kontrolle gebracht, nachdem sie von der übernehmenden Firma Alcem / UK mit Massenentlassungen und Lohnrückständen konfrontiert worden waren. Die Arbeiter setzten die Produktion unter eigener Führung fort, feuerten den Manager und wählten einen eigenen Leiter. Während dieser langen Zeit konnten die unbewaffneten Arbeiter speziellen Polizeieinheiten Widerstand leisten, die von der Lokalregierung eingesetzt worden waren, um wieder Kontrolle über den Betrieb zu erhalten. Es gab einige Verletzte und zwei Tote. Die Möglichkeit, die Hauptstraßenverbindung nach Skandinavien zu blockieren, ist ein starkes Druckmittel der Arbeiter. Letzten November fand in Vyborg eine Konferenz mit Arbeiterorganisationen aus ganz Russland statt, auf der Vitaly Kiriakov als Führer der Arbeiter bestimmt wurde, wobei nicht klar ist, wie sehr die Mühlenarbeiter in diese Entscheidung einbezogen waren. Nachdem Kiriakov als Vertrauensmann des Managements enttarnt wurde, ernannten die Arbeiter Alexandra Zaikina zur Vertrauensperson. Im Auftrag von Alkem UK versuchten die lokalen Behörden, das ArbeiterInnenkollektiv mittels strikter Boykottmassnahmen zu demoralisieren. Neben dem Einfrieren der Löhne wurden auch Strom- sowie Lebensmittellieferungen blockiert. Schließlich nahm das Alkem-Management mit Hilfe von Kiriakov die Mühle mit Gewalt ein. Um die ArbeiterInnen umzustimmen, wurden ihnen die Auszahlung der Lohnrückstände, 2550 Arbeitsplätze sowie künftige Mindestlöhne von 90 \$ pro Monat versprochen. Angesichts der noch vor kurzer Zeit angekündigten „Rationalisierungsmassnahmen“ erscheint die Einhaltung dieser Versprechen äußerst unwahrscheinlich. (Quelle: LabourNet Austria) Zusammenstellung: hav

HAMMELBURG. Obwohl das Bad Kissinger Landratsamt unter Leitung von CSU-Landrat Neder der NPD eine „Anti-Drogen-Demo“ am 26. Februar in Hammelburg genehmigte und ihr die Innenstadt den ganzen Morgen bis 14 Uhr von gegnerischen Kundgebungen und Demonstrationen freihielte, konnte die NPD politisch wirksam isoliert werden. Ein Hammelburger Bündnis gegen Rechtsradikalismus hatte sich im Vorfeld bereits seit Wochen erfolgreich um die Formierung politischen Widerstands gegen die Verbreitung rassistischer, menschenverachtender Politik bemüht. Ergebnisse davon waren u.a. die einstimmige Resolution des Hammelburger Stadtrats gegen das Auftreten der NPD und eine eindrucksvolle Gegenkundgebung am Vorabend der NPD-Demonstration, an der sich 700-800 Menschen beteiligten. Am Tag der NPD-Demonstration führte das „Bündnis gegen Rechts für die Region“ – nachdem eine Gegendemonstration nicht erlaubt worden war – einen Infostand durch und verteilte Flugblätter. An der NPD-Demonstration selbst beteiligten sich entgegen den von der NPD angekündigten 500 Demonstranten nur ein ziemlich kläglicher Haufen von 70-80 meist jungen, glatzköpfigen und kräftig männlich auftretenden NPD-Anhängern. Die politische Isolierung der NPD wurde auch daran deutlich, dass keine Sympathiebezeugungen für die NPD-Parolen erkenntlich wurden, stattdessen wurden öfters Schriftbänder „Hammelburg sagt Nein zu Rechtsradikalismus“ gezeigt.

cls/juw



Antifaschistische Hochschulgruppe protestiert gegen neue Burschenschaft Normannia

JENA. Eine neue Burschenschaft mit dem Namen Normannia Jena hat sich am 12. Februar in Jena gegründet. Die Antifaschistische Hochschulgruppe Jena (vormals Initiative für politische Einmischung an der FSU) befürchtet, dass die Normannia zum Sammelbecken für alle werden könnte, die nach dem Skandal um die Burschenschaft Jenensis im Dezember eine neue politische Heimat suchen. Nachdem eine Veranstaltung der Jenensis mit dem rechtsextremen Peter Dehoust am 1. Dezember 1999 durch massive antifaschistische Proteste begleitet wurde, mussten mehrere Mitglieder und alte Herren die Jenensis verlassen. Seitdem kämpft die Burschenschaft um ihr Überleben. Die Mitglieder der Antifaschistischen Hochschulgruppe stützen sich bei ihren Recherchen auf ein Pamphlet, das derzeit in der rechtsextremen Szene Jenas kursiert. In kurzen Artikeln diffamiert der *Wegweiser* (so der Name der 4-seitigen „Zeitung“) die antifaschistischen Proteste gegen die NPD-Demonstration am 12.2. in Gera und wartet mit Themen wie „Jugend und Volkstum“ auf. Als Kontaktadresse dient ein Postfach, das auch von der rechtsextremen Skinheadband „Eichenlaub“ genutzt wird. Die AntifaschistInnen kündigen Proteste an, falls sich die Normannia öffentlich präsentieren will. www.japs-jena.de/antifahg

Die nächsten Aktionen der Euromarschbewegung

BRÜSSEL. „Nizza 2000 – Wir sagen der Erwerbslosigkeit, der ungeschützten Beschäftigung und den Ausgrenzungen den Kampf an!“ Bis Nizza plant die Euro-

marschbewegung folgende Aktionen:

23./24. März: Europäischer Aktionstag für eine sofortige Anhebung aller sozialen Minima in Europa, anlässlich der europaweiten Beratung in Lissabon. Delegation der Euromärsche bei den Aktionen in Lissabon (Demo, Gegengipfel).

9./10./11. Juni: Aktionen anlässlich des Gipfels der europäischen Unternehmer in Brüssel.

20./21. Juni: Demo und Aktionen anlässlich des EU-Gipfels in Santa Maria da Feira (in der Nähe von Porto).

13./14. Oktober: Aktionen anlässlich des EU-Gipfels in Paris.

14. Oktober: Teilnahme am Weltmarsch der Frauen in Brüssel.

2./3./4. Dezember: Europäische Versammlung der kämpfenden Erwerbslosen und Prekären in Paris.

7./8. Dezember: Groß-Demonstration des Netzwerks Euromärsche in Nizza, dem Sitz des EU-Gipfels.

home.link-m.de/ggoetz/eurom

Runder Tisch der Erwerbslosenorganisationen am 15. Februar

BIELEFELD. VertreterInnen der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen, BAG unabhängige Erwerbslose, BAG Sozialhilfeinitis, Euromarsch, ALV, Ali Thüringen, Info- und Beratungsstelle sowie Koordinierungsausschuss Westfalen und ZEPRA Niedersachsen haben sich über die bundesweite und europäische Zusammenarbeit verständigt. Beschllossen wurde u.a.:

1. Durchführung einer Kampagne „Gegen Arbeitszwang und Billigjobs – für ein existenzsicherndes Einkommen“.

2. Am 17./18. Juni findet im Rahmen der Kampagne eine bundesweite Konferenz statt. Themen sind vor allem Niedriglohnmodelle, Arbeitszwang, Grundsicherungskonzepte, Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, Pau-

schalierung (Sozialhilfe), Armut in der Arbeit.

3. Angestrebt wird eine Demo im Herbst – dazu erfolgt eine Abstimmung mit dem Bündnis „Aufstehen für eine andere Politik“, dem Netzwerk linker Gewerkschafterinnen und Berliner Initiativen.

4. Die Gründung einer „Arbeitslosengewerkschaft“ am 30. April in Leipzig wird entschieden abgelehnt.

www.tacheles.wtal.de

Aktion gegen unhaltbare Zustände im Sozialrathaus Höchst

FRANKFURT. Auf Initiative des sozialen @rbeitskreises, des Frankfurter Sozialbündnisses, des Rhein-Main-Erwerbslosenbündnisses, der BAG der Sozialhilfeinitiativen, der BAG-Erwerbslose und der AG TuWas protestierten etwa 45 Personen am 28. Februar vor dem Sozialrathaus Höchst gegen die unhaltbaren Zustände in dieser Sozialstation. Eine Rednerin betonte, dass die Aufgabe von Sozialrathäusern nicht darin bestehe, Sozialmissbrauch zu bekämpfen, sondern die Rat Suchenden über ihre Rechte aufzuklären und berechtigte Leistungen zu bewilligen. Betroffene aus Höchst bestätigten die Vorwürfe, die gegenüber der Sozialstation erhoben werden. Die neuen Sozialrathäuser werden vom Magistrat der Stadt Frankfurt als kundenfreudlich gepriesen. Trotz dieser Behauptung ist die Behandlung von Hilfesuchenden und Antragstellern auf dem Höchster Amt menschenunwürdig. Die Willkür der Behörde reicht von Schikanen über Leistungsverweigerung bis hin zur Diskriminierung besonders von ausländischen MitbürgerInnen. Viele SachbearbeiterInnen sind bei den Betroffenen für ihren abfälligen Ton und ihr herablassendes Verhalten berüchtigt. Die Initiatoren fordern die sofortige Beseitigung der Missstände.

udi

Greenpeace-Aktion weist auf die Gefahren von Billigstrom hin

HANNOVER. Am 6. März protestierten Greenpeace-Aktivisten gegen die Strompolitik von PreussenElektra. Mit einem Großbild-Projektor kennzeichneten sie die Unternehmenszentrale mit dem Spruch „Elektra Direkt – Profit vor Sicherheit“. Atomexpertin Susanne Ochse kritisierte, der Strom der Billigmarke „Elektra Direkt“ stamme aus Atomkraftwerken und werde auf Kosten der Sicherheit produziert. Sie verwies auf das Atomkraftwerk Unterweser, in dem wissentlich monatelang Brennstäbe mit gefälschten Sicherheitsdokumenten eingesetzt worden seien. „Aus Kostengründen hat PreussenElektra gefälschte Brennstoff-Lieferungen aus England verschwiegen, in der Hoffnung, das teure Abschalten des Atomreaktors verhindern zu können“, so Ochse. Mit dieser Aktion beginnt eine mehrwöchige bundesweite „Projektionstour“, mit der Greenpeace auf die Gefahren von Billigstrom-Angeboten aufmerksam machen will. ap

Bayerisches Gericht entscheidet: Freistaat muss Pro Familia fördern

REGENSBURG. Auslöser für dieses Urteil war eine Klage des Regensburger Pro-Familia-Vereins gegen eine Entscheidung der Regierung von Oberpfalz. Diese hatte den Verein zwar als Beratungsstelle für Schwangere anerkannt, jedoch keinen Einzugsbereich festgelegt und damit eine Bezuschussung des Personals verhindert. Den erhöhten Beratungsbedarf wollte die Regierung durch Verstärkung des Gesundheitsamtes und der Caritas-Stellen decken. Das Gericht machte dieser in Bayern beliebten Praxis einen Strich durch die Rechnung. Es gab der Klage von Pro Familia statt, weil die Regierung von Oberpfalz der vorgeschriebenen Pluralität im Beratungsangebot für Schwangere nicht Rechnung getragen

habe. Das Gericht machte deutlich, dass die Gesundheitsämter stets zweite Wahl sind und freie gemeinnützige Träger Vorrang gegenüber staatlichen und kommunalen Beratungsstellen haben. Damit öffnet sich nun für Pro Familia ein weites Feld. Der Landesvorstand des Vereins forderte nach dem Urteil die Staatsregierung auf, „die rechtswidrige und politisch begründete Blockade aufzugeben“ und den seit langen beantragten Beratungsstellen in Bamberg, Kempten, Passau, Regensburg und Würzburg nun endlich die Förderzusage zu geben. baf

Wanderausstellung zur Rolle der Verwaltungsbeamten im NS-Regime

MÜNSTER. Während des Krieges residierte in der Villa ten Hompel in Münster der Befehlshaber der Nazi-Ordungspolizei für Rheinland, Westfalen und das Osnabrücker Land, wenige Jahre später das Amt für Wiedergutmachung. Jetzt erforschen Historiker hier erstmals die Rolle der mittleren Verwaltungsbehörden im „Dritten Reich“, gestalten Ausstellungen, Fortbildungen und Führungen. In der Bibliothek der für rund vier Millionen Mark zum „Lern- und Geschichtsort“ umgebauten Fabrikantenvilla recherchieren StudentInnen, SchülerInnen und Wissenschaftler die kaum erforschte Geschichte der Verwaltungsbehörden. Auch der Münstersche Geschichtspfad auf den Spuren der braunen Behörden startet an der Villa ten Hompel. Allein zu den Führungen durch die Ausstellung „Verwaltung und Verfolgung“ kommen jeden Mittwoch und Sonntag Nachmittag bis zu 60 Interessierte. „Wir sind bis Anfang 2001 ausgebucht“, freut sich Ausstellungsleiter Alfons Kenkmann über die Nachfrage nach der Wanderausstellung, die noch bis zum 31. März in Münster zu sehen ist und dann auf Deutschlandtournee gehen wird. *Villa ten Hompel, Tel. 0251/492-70 48. Artikel dazu in: www.demo-online.de/0200*



18. März 2000 – Solidarität gegen staatliche Unterdrückung

HAMBURG. Im Rahmen des internationalen Tags der politischen Gefangenen führt das Hamburger Bündnis eine Knastkundgebung in Fuhlsbüttel durch. In dem Aufruf heißt es u.a.: „Auch für diesen 18. März sind in vielen Städten der BRD vielfältige Aktionen der Solidarität geplant. Es ist das fünfte Jahr der Wiederbelebung des Tags der politischen Gefangenen. Aufgrund des positiven Echoes – insbesondere aus dem Knast heraus – wird es in Hamburg wieder eine Knastkundgebung vor der JVA Fuhlsbüttel geben... In Hamburg beginnen in den nächsten Wochen drei neue Prozesse im Kriminalisierungskarussell gegen die kurdische Bewegung. Ab dem 21. März stehen 11 Jugendliche wegen der Besetzung des SPD-Gebäudes nach der Verschleppung Abdullah Öcalans im Februar 99 vor Gericht. Darüber hinaus sind 65 KurdInnen z.T. wegen schweren Landfriedensbruchs nach Protesten vor dem griechischen Konsulat angeklagt. Am 20.3. beginnt ein Prozess gegen acht Kurden wegen angeblicher Spendengelderpressung. Einige von ihnen sitzen aufgrund von Aussagen gekaufter Kronzeugen seit über einem Jahr in Haft. In einer Pressehetzkampagne findet bereits seit Monaten eine Vorverurteilung statt. Abgesehen von Geld- und Haftstrafen ist ein Teil der Gefangenen und Angeklagten von Abschiebung bedroht, wodurch unmittelbar ihr Leben in Gefahr ist. Wir rufen zur Solidarität mit den Angeklagten auf.“

Lokalberichte Hamburg 5/2000

München. Am 24. Februar fand in der Olympiahalle die Siemens-Hauptversammlung mit ca. 13 000 Aktionären statt. Unter dem Motto „Die Täter haben Namen – angemessene Entschädigung für alle ZwangsarbeiterInnen – sofort“ führte das Münchner Bündnis gegen Rassismus vor dem Haupteingang eine Mahnwache durch. Die Reaktionen waren z.T. heftig – man konnte meinen, es ginge darum, die Aktionäre hier und jetzt zu enteignen. Dieser Mahnwache sollen weitere folgen. Derzeit wird eine Liste der Münchner Firmen, die ZwangsarbeiterInnen ausgebettet haben, zusammengestellt, sie umfasst jetzt 150 Unternehmen. Diese Liste zeigt, dass die gesamte Wirtschaft (inklusive der städtischen und staatlichen Institutionen) von der Zwangsarbeit profitierte. Inzwischen hat eine Initiative auf die Verstrickung des Unternehmens Rodenstock (zum Stichtag 1942: 250 ZwangsarbeiterInnen) aufmerksam gemacht. Auf Plakaten mit der Überschrift „Zwangsarbeit macht Loden Frey“ fordert die Stadtteilinitiative Isar 12 die Loden-Dynastie auf, unverzüglich eine angemessene Summe in den Entschädigungsfond einzuzahlen und die Firmenarchive offenzulegen.

C., mlb



Nachdem die BRD inzwischen ein volles Jahr im Angriffskrieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien steht, gibt es Anzeichen, dass trotz der ungebrochenen Beteiligungsbereitschaft von SPD und Bündnisgrünen die Kritik an der Kriegspolitik zunimmt und zu Aktionen führt. Hier einige Beispiele:

Spendenauftrag – Wir brauchen deine Unterstützung

Schüleraustausch Kragujevac – Hamburg

Wir, Schülerinnen und Schüler der Gesamtschule Jahnschule, möchten mit einem Schüleraustausch zwischen Deutschland und Jugoslawien zur Völkerverständigung beitragen.

Die Schule Prva Kragujevacka Gimnazija, mit der wir bereits in Kontakt getreten sind, liegt in Kragujevac, Serbien. Diese Schule hat eine besondere Bedeutung in der deutsch-jugoslawischen Geschichte.

Am 21. Oktober 1941 richtete die deutsche Wehrmacht in Kragujevac ein Massaker an circa 7000 Einwohnern dieser Stadt an. Unter ihnen befanden sich auch 300 Schüler und 20 Lehrer des Prva Kragujevacka Gimnazija. Das Massaker war ein von Nazi-Deutschland aus angeordneter Vergeltungsakt, bei dem für jeden im Kampf gegen die Partisanen gefallenen deutschen Soldaten 50-100 jugoslawische Zivilisten erschossen wurden.

58 Jahre nach diesem Massenmord der deutschen Wehrmacht wurde die Ge-

denkstätte, die an den 21. Oktober 1941 erinnert, im Kosovo-Krieg durch die Bombardements der NATO beschädigt.

An diesem Krieg, der in ganz Jugoslawien große Zerstörungen hinterließ, waren wieder deutsche Soldaten beteiligt. Unter anderem wurden auch mehr als 300 Schulen zerstört oder beschädigt.

Die Bundesrepublik Jugoslawien befindet sich in politischer und wirtschaftlicher Isolation. Unserer Auffassung nach ist die Tatsache, dass sich ein europäisches Land in einer solchen Lage befindet, inakzeptabel. Im Sinne der europäischen Verständigung möchten wir die Kontakte, die durch den Krieg zerstört worden sind, wieder aufbauen.

Unsere Schülerinitiative besteht aus ca. 20 Schülerinnen und Schülern der Gesamtschule Jahnschule, die sich vor knapp einem Jahr anlässlich des Jugoslawienkrieges in einem Friedenskomitee zusammengefunden haben. Seitdem haben wir mehrere Informationsveranstal-

tungen, unter anderem mit Vertretern der IG Medien und einem jugoslawischen Lehrer der betreffenden Schule, organisiert. Unser Kontakt mit dem Prva Kragujevacka Gimnazija ist mit Hilfe der Gewerkschafterinitiative „Dialog von unten“, die während des Krieges Jugoslawien besuchte, entstanden.

Unser erster Besuch in Kragujevac ist in den Mai-Ferien in der Zeit vom 26. Mai 2000 bis zum 4. Juni 2000 geplant. Wir werden als eine Gruppe von ca. 20 Schülerinnen und Schülern der Stufen 10-13 in Begleitung eines Lehrers nach Kragujevac fahren und von Familien unserer jugoslawischen AustauschschülerInnen aufgenommen werden.

Das Prva Kragujevacka Gimnazija sowie die Familien der jugoslawischen Schülerinnen und Schüler sind aufgrund ihrer schlechten finanziellen Situation weder in der Lage, unseren Aufenthalt in Jugoslawien noch einen Gegenbesuch ihrer Kinder nach Hamburg zu finanzieren. Auch wir können die Kosten, die durch die Reise entstehen, leider nicht vollständig decken.

Dieser Austausch wäre der erste deutsch-jugoslawische Schüleraustausch seit 1989 und der erste einer deut-

Essener CDU-OB lässt im Kosovo Stadtflagge zeigen



„Unsere Jungs im Kosovo“ – beschenkt von Oberbürgermeister Dr. Reiniger. Eine Antwort auf den Brief des Friedensforums gab es bei Redaktionsschluss noch nicht. Der Vorgang war jedoch Thema einer kurzen Anfrage von PDS-Ratsfrau Gabriele Giesecke in der Ratssitzung: Sie wollte wissen, was Herr Dr. Reiniger auf den Brief antworten will. Das verriet er nicht, ein Zitat aus dem Brief führte jedoch zu fast tumultartigen Szenen vor allem bei der CDU“

Offener Brief des Essener Friedensforums:

Das Essener Friedensforum fordert die Stadt Essen auf, umgehend Fahne und Ortsschild der Stadt Essen vom Fernmelderegiment 990 des „Headquarter Kosovo Forces“ zurückzuordern und sich offiziell bei der jugoslawischen Bevölkerung für die Aufstellung im Kosovo zu entschuldigen.

Mit einem Foto der Bundeswehr (siehe Bild links, Red) versehen, teilte die WAZ am 11.2.00 der Öffentlichkeit mit, dass der Oberbürgermeister der Stadt Essen dem Fernmelderegiment 990 aus der Gustav-Heinemann-Kaserne die Essener Stadtflagge und das Essener Ortsschild zur Aufstellung im Kosovo zur Verfügung gestellt habe.

Die Errichtung nationaler Flaggen signalisiert im Zusammenhang mit Militär, dass dieses sich als Besatzer fremden Territoriums versteht. Die Kennzeichnung eines solchen Gebietes mit Namensschildern der Besatzungsmacht

schen Schule mit dem Prva Kragujevacka Gimnazija seit dem Massaker der deutschen Wehrmacht 1941.

Nicht nur die Wirtschaft Jugoslawiens wurde mit einem Embargo belegt, sondern auch die kulturellen Beziehungen und die Städtepartnerschaften wurden vom Westen einseitig beendet.

Wir akzeptieren nicht, dass die Menschen in Jugoslawien, insbesondere in der Republik Serbien, weiter isoliert werden.

Durch den Kontakt mit jugoslawischen Schülerinnen und Schülern und ihren Familien wollen wir dazu beitragen, dass weitere Kriege verhindert werden.

Über jede finanzielle Unterstützung freuen wir uns! Sollten mehr Spenden eingehen, als wir für den Austausch benötigen, werden wir das Geld für den Aufbau der zerstörten Schulen zur Verfügung stellen.

Das Friedenskomitee der Jahnschule

Die Kontaktadresse kann über die Redaktion der Hamburg Lokalberichte, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040-43188820, Fax: 43188821 erfragt werden.

Spendenkonto:
Hamburger Sparkassen, Treuhandkonto
Ernst Otte, Stichwort: Kragujevac,
Konto-Nr. 1236 12 53 97, BLZ 200 505 50

weist die Besatzung als Eroberung fremden Territoriums aus. Solche Vorgänge sind nur noch aus kolonialen Zeiten und den beiden von Deutschland angezettelten Weltkriegen bekannt.

Vor dem Krieg gegen Jugoslawien schienen sich alle Parteien der Bundesrepublik darin einig, dass deutsches Militär in Jugoslawien und auf dem Balkan aufgrund der Kriegsverbrechen der deutschen Wehrmacht nichts zu suchen haben. Nach der Bombardierung Jugoslawiens nimmt die Stadt Essen nicht einmal mehr Rücksicht auf die Gefühle und Erinnerungen, welche sie bei Serben und Jugoslawen mit solchen symbolischen Aktionen auslösen muss.

Ist vergessen, welche Rolle die „Waffenschmiede der Nation“ bei der Eroberung Osteuropas und des Balkan im ersten und im zweiten Weltkrieg gespielt hat? Oder offenbaren sich in dieser Provinzposse nur die verborgenen Wünsche des alten deutschen Militarismus, sowie die weniger verborgenen Begierden deutscher Balkanpolitik nach 1990?

Das Essener Friedensforum, das den NATO-Krieg nach wie vor verurteilt, entschuldigt sich bei den hier lebenden Menschen aus Jugoslawien für dieses eklatante Fehlverhalten.

Juliane Pilz, Bernd Brack



UCK setzt Vertreibungen im Kosovo unter NATO-Schutz fort

Über 2.000 Roma demonstrieren gegen Abschiebungen

Essen. – Mit einer lautstarken, machtvollen Demonstration protestierten über 2.000 Roma am Donnerstag, 24.2.2000, in der Essener Innenstadt gegen die bevorstehende Abschiebung vieler Roma in den Kosovo. Angesichts einer verschärften Vertreibungspolitik der albanischen UCK-Milizen stand die Forderung nach einem Bleiberecht in der Bundesrepublik im Mittelpunkt. Aufgerufen hatte die Deutsche Roma Union e.V., die sich fast als einzige Organisation um das Schicksal der Roma aus dem Kosovo kümmert. Erst am 19.2.2000 erhielt die Roma Union erneut Hilferufe aus dem Kosovo, berichtet der Verein in einem Flugblatt. In Djakovica wurden drei Roma vor den Augen der KFOR von Albanern mit Benzin übergossen und angezündet. Im Kosovo werden Roma als Menschen zweiter Klasse behandelt. Zehntausende sind nach Angaben des S.D.R.U. auf der Flucht vor rassistisch motivierter Gewalt. Tausende vegetieren in provisori-

schen Flüchtlingslagern in Mazedonien, Serbien und Montenegro. Sofern sie in die Bundesrepublik fliehen konnten, haben sich viele Roma zunächst als Albaner aus, um überhaupt aufgenommen zu werden. Die Worte der „Erklärung von Bielefelder Roma“, die bei der Demonstration verteilt wurde, sind entsprechend bitter: „Im Kosovo regiert die NATO, und es gibt dort fast keine Roma mehr. Die NATO steht auf der Seite der Albaner und interessiert sich nicht für uns. Wir haben dort keine Rechte.“ Kein Wort von „deutscher Verantwortung“, kein „Nie wieder Faschismus! Stoppt die Gewalt gegen Roma!“ aus dem Munde eines deutschen Außen- oder Verteidigungsministers, kritisierten Sprecher der Roma die Politik der rot-grünen Bundesregierung. Zu der Demonstration kamen erheblich mehr Leute, als erwartet. Aus Platzgründen mußte die Kundgebung vom Kardinal-Hengsbach-Platz auf den Kennedyplatz verlegt werden.

wof

Beschluß der ÖTV-Kreisdelegiertenkonferenz Stuttgart-Böblingen am 8.2.2000

Keine Einbeziehung ziviler Krankenhäuser in Kriegsvorbereitungen – keine Kooperationsverträge mit der Bundeswehr

Die Kreisdelegiertenkonferenz beschließt,
– folgenden Antrag über die Bezirksdelegiertenkonferenz an den Gewerkschaftstag zu richten
– sowie vorab den Kreisvorstand, den Bezirksvorstand und den Hauptvorstand aufzufordern, in der Angelegenheit entsprechend dem Antragsinhalt tätig zu werden.

Die ÖTV wirkt darauf hin, daß eine Vernetzung ziviler Krankenhäuser und Einrichtungen des öffentlichen Gesundheitswesens mit der Bundeswehr und mi-

litärischen Bündnissen unterbleibt.

Insbesondere macht sie ihren ganzen Einfluß geltend, um sogenannte Kooperationsverträge ziviler Krankenhäuser mit den Reservelazaretgruppen der Bundeswehr zu verhindern.

Die ÖTV setzt sich weiterhin dafür ein, daß die Einrichtungen des Gesundheitswesens eine ausreichende, an den Erfordernissen der Versorgung der Bevölkerung orientierte Finanzierung erhalten.

Zur Information der Mitgliedschaft, der Krankenhausbeschäftigen wie der

gesamten Öffentlichkeit und zur Ver deutlichung ihrer Position startet die ÖTV eine Informationskampagne. Dazu gehören u.a. öffentliche Veranstaltungen, Pressemitteilungen und Informationsblätter.

Dafür nutzt die ÖTV auch den 1. September, den traditionellen Antikriegstag der Gewerkschaften.

Begründung:

Im Rahmen von Strukturmaßnahmen der Bundeswehr und der nun offensichtlich werdenden Einbringung der Bundeswehr bei kriegerischen Konflikten werden „Partner“ gesucht, die die Bundeswehr in die Lage versetzen, den jeweiligen Ansprüchen gerecht zu werden.

Mit den Kooperationsverträgen zwischen der Bundeswehr und zivilen Krankenhäusern soll erreicht werden, daß der Sanitätsdienst der Bundeswehr für weltweite Kriegseinsätze tauglich wird.

Keinen Hehl aus seinen Absichten macht Generalstabsarzt Dr. Demmer, Inspekteur des Sanitätsdienstes der Bundeswehr. Unter der Schlagzeile „Zivile Krankenhäuser verstärken die medizinische Qualität und Leistungsfähigkeit des Sanitätsdienstes der Bundeswehr“ schreibt er in der Fachzeitschrift „das Krankenhaus Nr. 6/99“: „Nach einer Mobilmachung soll ziviles und militärisches Krankenhauspersonal gemeinsam für eine klinische Versorgung genutzt und nicht mehr zwischen Soldaten und Zivilbeschäftigte unterschieden werden“.

Solche Kooperationsverträge braucht nur, wer sich auf neue Kriege mit einer erheblich größeren Anzahl an Behandlungsbedürftigen einstellt, als dies in den bisherigen Szenarien angenommen wurde. Die beabsichtigte civil-militärische Vernetzung im Gesundheitswesen macht nur Sinn, wenn sie als Bestandteil einer umfassenden Vorbereitung der Bundeswehr auf neue Kriege verstanden wird.

Geschickt wird hierbei die schwierige finanzielle Situation der Krankenhäuser ausgenutzt, denn den kooperationswilligen Krankenhäusern wird kostenlos Personal und medizinisches Gerät überlassen.

In einem 33 Paragraphen umfassenden Mustervertrag, der zwischen der Deutschen Krankenhausgesellschaft und der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Bundesminister der Verteidigung, ausgehandelt wurde, wird die beabsichtigte civil-militärische Zusammenarbeit dargestellt. (Abrufbar im Internet unter: www.bundeswehr.de/bundeswehr/streitkraefte/sanitaetsdienst/05_ziv.../5_2mvert.htm).

In Verhandlungen mit den einzelnen Krankenhausträgern versucht die Bundeswehr darüber hinaus auch Einfluß auf die Arbeitsvertragsabschlüsse zwischen dem jeweiligen Krankenhausträger und seinen Beschäftigten zu gewinnen. So wird z.B. angestrebt, Arbeitsverträge so zu gestalten, daß einem Einsatz in einem Bundeswehrkrankenhaus nicht widersprochen werden kann.

Internationales Europäisches Tribunal über den NATO – Krieg gegen Jugoslawien

**Sonntag, den 16. April 2000
11 bis 18 Uhr
im Curio-Haus in Hamburg**

Das Hamburger Forum will in Zusammenarbeit mit dem deutschen Vorbereitungskomitee/Trägern/Unterstützern nun am Sonntag, den 16. April 2000, 11 bis 18 Uhr in Hamburg im Curio-Haus, Rothenbaumchaussee 15, ein Zweites Hearing zur Sicherung der Be weismittel in Zeugenaussagen und Expertenanhörungen durchführen.

Hier geht es insbesondere um den deut schen Anteil am Krieg. Es ist u.a. geplant, die Medienpolitik, die Militärstrategie, die deutsche Jugoslawienpolitik und den Ver gleich mit „Auschwitz“ aufzuarbeiten. Die GEW Hamburg hat beschlossen, das Hearing zu unterstützen.

Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V.

c/o Lühr Henken, Flotowstr. 6,
22083 Hamburg, Tel.: 22 26 29, Fax 22
77 867, E-Mail: LuehrHenken@t-online.de
c/o Renate Kirstein, Vielohweg 124 b, 22455
Hamburg, Telefon & Telefax 040 - 551 38 91
Konto 429 217 - 203 - Postbank Hamburg
- BLZ 200 100 20

Betr.: Zweites Hearing des Internationa len Europäischen (inoffiziellen) Tribunals
über den NATO-Krieg gegen Jugoslawien
am 16. April 2000 in Hamburg

Liebe Friedensfreundinnen
und Kriegsgegner, wir bitten
um Eure Unterstützung bei fol
gendem Vorhaben,

1. Der Krieg um das Kosovo/gegen Jugoslawien 1999 stellt auf Grund der deutschen Beteiligung eine Zäsur in der deutschen Nachkriegsgeschichte dar – und bedarf dringend einer politischen, materiellen, völkerrechtlichen sachlichen Aufarbeitung. Dazu gehört u.a., dass die dafür Verantwortlichen, durch Fakten belegt, vor aller Weltöffentlichkeit benannt werden. So wurden dem Haager Kriegsverbrecher-Tribunal Fälle aus ganz Jugoslawien übertragen. Aber Menschen- und Völkerrechtsverletzungen wurden nicht nur von der jugoslawischen Seite begangen.

2. Um auch die Handlungen der NATO zu untersuchen, wird in Anlehnung an das Russel-Tribunal betreffs Vietnam u.a. von dem ehemaligen US-Justizmi

nister Ramsey Clark für den 30. Juni 2000 in New York ein Tribunal zum NATO-Krieg vorbereitet. Erste Sachstandserörterungen und Zeugenauftritte hat es in 8 Städten der USA, und u.a. in Athen, Berlin, Tokio, Kiew, Amsterdam und Novi Sad gegeben.

3. Der deutschen rot-grünen Bundesregierung wird durch ihre Beteiligung ein Bruch der UNO-Charta (Art. 2/Abs. 3 u. 4, Art. 33 [Kap. VI], Art. 39 [Kap VIII]), die Verletzung der UNO-Resolution A 3314 (Aggression), des Nordatlantikvertrages (Art. 1 u. 5), der Schlussakte von Helsinki (1a VI), der Haager Vereinbarung zum Schutze des Kulturguts, der Genfer Konventionen zum Schutze von Zivilpersonen, diverser Bestimmungen des Kriegsrechts (Haager Landkriegsordnung, Genfer Abkommen von 1949, Zusatzprotokolle zum Schutze der Umwelt), des 2 + 4--Vertrages (Art. 2), des Grundgesetzes (Art. 25, 87a Abs. 2) und des Soldatengesetzes vorgeworfen. Wohl am bekanntesten ist die Kritik von Henning Voscherau geworden. Es soll eine Anklageschrift anhand dieser Rechtsverletzungen erarbeitet und beim Tribunal eingereicht werden.





4. Auf dem Ersten Hearing in Berlin am 30. 10. 1999 mit über 650 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus 13 Staaten wurden die ersten Fakten und Zeugenaussagen zusammengetragen und sechs Expertengruppen eingesetzt. Brandneu erschienen ist das Buch, in dem die Aussagen des Ersten Hearings dokumentiert sind: Wolfgang Richter/Elmar Schmähling/Eckart Spoo (Hrsg.) Die Wahrheit über den NATO-Krieg gegen Jugoslawien, 271 Seiten, 25 DM, ISBN 3-9806705-2-X. (Bestellungen über Lühr Henken sind möglich). Am 2./3.6. 2000 soll in Berlin eine abschließende Sitzung zur Anklage (Tribunal) stattfinden. Dazu wird z.Z. ein Kuratorium gebildet und Juristen benannt. Verschiedene Organisationen sind Träger des Tribunals, andere sind Unterstützer. Sie sind einem Faltblatt zu entnehmen, das bei Lühr Henken ebenso angefordert werden kann, wie das Statut (deutsch/englisch, 19 Artikel). Das deutsche Vorbereitungskomitee hat neu eine Homepage eingerichtet: www.NATO-Tribunal.de

5. Das Hamburger Forum will in Zusammenarbeit mit dem deutschen Vorbereitungskomitee/Trägern/Unterstützern nun am Sonntag, den 16. April 2000, 11 bis 18 Uhr in Hamburg im Curio-Haus, Rothenbaumchaussee 15, ein Zweites Hearing zur Sicherung der Beweismittel in Zeugenaussagen und Expertenanhörungen durchführen. Hier geht es insbesondere um den deutschen Anteil am Krieg. Es ist u.a. geplant, die Medienpolitik, die Militärstrategie, die deutsche Jugoslawienpolitik und den Vergleich mit „Auschwitz“ aufzuarbeiten.

Die GEW Hamburg hat beschlossen, das Hearing zu unterstützen.

Wir bitten nun, Euch zu prüfen, ob Ihr nicht auch dem Unterstützerkreis beitreten könntet. Die Art der Unterstützung steht Euch natürlich frei: Sei es publizistisch, das Verteilen der Einladungen, ein finanzieller Beitrag, durch aktive Mitarbeit bei der Vorbereitung etc. ...

Mit freundlichen Grüßen

gez. Wolfgang Kirstein (Tel/Fax 551 38 91), Horst Bethge (Tel/Fax 601 52 12), Lühr Henken - Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V.

Resolution zur Entschädigung von Zwangsarbeitern: ESSEN

Mit einer ausführlichen Anfrage hat die PDS-Gruppe im Rat Ende November die Diskussion um eine Beteiligung der Stadt Essen an der Entschädigung von Zwangsarbeitern angeschoben. In der Ratssitzung am 24. Februar, knapp drei Monate später, beschloss der Rat einstimmig (die REP-Vertreter enthielten sich) eine Resolution, in der es u.a. heißt: Der Rat begrüßt „die Einrichtung der Stiftung ‚Erinnerung, Verantwortung und Zukunft‘, an der die Stadt Essen, den Empfehlungen des Deutschen Städttages folgend, finanziell mitbeteiligt sein wird. Weil es in der Kriegszeit kaum einen Betrieb gab, der keine Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen beschäftigte, appelliert der Rat der Stadt Essen an alle Essener Unternehmer, sich an dem Entschädigungsfonds zu beteiligen. Er bittet sie auch, alle noch vorhandenen Unterlagen der wissenschaftlichen Forschung und dem Stadtarchiv zur Verfügung zu stellen.“

Einem darüber hinausgehenden Antrag der PDS, in dem zusätzlich die Einrichtung eines Soforthilfe-Fonds von 500.000 DM und ein Beginn des Besuchsprogramms am 8. Mai 2000 gefordert wurde, stimmten nur die beiden PDS-Ratsmitglieder und drei Ratsmitglieder von B90/Die Grünen zu.

Streit um Internetzugang: MÜNCHEN

„Wir werden bundesweit alle Schulen mit einem kostenlosen Internetanschluss ausstatten“. Nach dieser Ankündigung ließen sich Telekom-Chef Ron Sommer und Bundeskanzler Gerhard Schröder mächtig feiern. Doch inzwischen entpuppt sich das Konzept gerade für große Schulstädte als PR-Gag. In Kurzversion lautet das Programm der Telekom so: „Es werden ein ISDN-Anschluss mit T-Online-Zugang zum Internet zur Verfügung gestellt; 20.000 PCs aus eigenen Beständen verteilt; und die 172.000 Telekom-Mitarbeiter bieten ihr Know-How Schulen ehrenamtlich an“. Doch was bedeutet die Formulierung „ein ISDN-Anschluss“? Heißt das nun, ein einziger Anschluss für alle Schulen oder für jedes Klassenzimmer? Der städtische Computerbeauftragte des Schulreferats kritisiert: „Was sollen wir mit einem PC und einem ISDN-Anschluss tun, wenn wir gerade dabei sind, uns komplett zu vernetzen? Wir fangen ja nicht bei Null an.“

Tatsächlich gibt es längst in allen der 330 öffentlichen Schulen PCs mit Internetzugang. Um in absehbarer Zeit zu ermöglichen, dass jeder Schüler von jeder Klasse und in jedem Unterricht Zugriff aufs Internet erhält, hat die Stadt München 200 Millionen DM Investitionskosten beschlossen. Dabei kam es schon zum handfesten Streit mit der Staatsregierung, die sich an den Kosten nicht eigens beteiligen will, sondern es für aus-

reichend hält, in den nächsten Jahren für alle 5000 öffentlichen Schulen 60 Millionen Mark zu geben. Deshalb die Kritik der Stadt an der Telekom-Aktion: „Was uns was bringen würde, wäre eine kostenlose Standleitung, nicht eine einzige Wahlleitung. Warum fragt man die Beteiligten nicht einmal nach ihren eigenen Konzepten?“

Gerangel um den Teilverkauf der Stadtwerke: KIEL

Nach einem Gesetzentwurf der Bundesregierung sollen Stadtwerke, die mindestens 10% ihres Stroms aus der umweltfreundlichen Kraftwärmekopplung gewinnen und die zu mindestens 75% in kommunalem Besitz sind, mit anfangs 3 Pf/kWh subventioniert werden. Allerdings sollte die Subvention bis zum Jahre 2004 auch wieder abgebaut werden (jährl. 0,5 Pfg). Da die Stadt plant, 25,1% der Stadtwerke zu verkaufen, wären diese aus der Förderung herausgefallen, wovor sowohl der Vorstandssprecher der Stadtwerke wie auch die grüne Ratsfraktion warnten. Allerdings ging es diesmal noch gut aus, denn die Regierungskoalition besserte den Gesetzentwurf nach, so dass nun auch Stadtwerke mit weniger als 75% kommunaler Beteiligung in den Genuss der Förderung kommen.

240 Betten auf dem Rathausmarkt: HAMBURG

Im April geht das „Winterprogramm“ des Senats mit 240 zusätzlichen Betten für obdachlose Menschen zu Ende. Danach müssen die betroffenen Menschen wieder auf der Straße leben, von den über 1000 sonstigen Menschen ohne jegliche Bleibe in Hamburg ganz zu schweigen. Dagegen wendet sich der „Arbeitskreis Armut und Obdachlosigkeit“ mit einer Resolution. Er fordert die Einrichtung eines Runden Tisches und die Koordination mit dem bestehenden Netzwerk von freien, ehrenamtlichen Gruppen, die Schaffung eines ganzjährigen Unterbringungsprogramms, eine psychosoziale Betreuung in kleinen, dezentralen Unterkünften, und die medizinische Versorgung für durch Kälte und Nässe erkrankte arme, obdachlose und illegalisierte Menschen. In Planung ist eine Aktion auf dem Rathausmarkt, bei der auf die bald fehlenden 240 Betten hingewiesen werden soll.

Bürgergesellschaft – Soziale Stadt: BERLIN

Das Deutsche Institut für Urbanistik – difu – hat eine Bibliographie herausgegeben zum Seminar „Auf dem Weg in die Bürgergesellschaft?“ vom 6.-9.12.1999. Begriffe sind: Bürgergesellschaft, bürgerschaftliches Engagement, Bürgerarbeit, Kommunitarismus, Ehrenamt, Soziale Stadt, Soziales Netzwerk, Non-Profit-Organisationen, Dritter Sektor. 66 S. Heft 10/99, 30 DM. Bestellung: Fax: 030/39001-275, E-Mail: verlag@difu.de. Zusammenstellung: baf



GEW fordert: „Schluss mit dem Bildungsabbau an der Berliner Schule!“

Die politischen Entscheidungsträger bauen seit mehr als einem Jahrzehnt wissentlich die Qualität der Berliner Schule ab. Pädagogische Argumente werden völlig in den Hintergrund gedrückt. Die Konsequenz: An der Berliner Schule fallen insbesondere zwei Faktoren ins Auge:

1. Die Rahmenbedingungen für den Unterricht haben sich dramatisch verschlechtert. So hat Berlin in nahezu allen Klassenstufen die höchste Klassenfrequenz. Das Unterrichtsangebot wurde gekürzt, Teilungs- und Förderstunden stark zusammengestrichen.

Dennoch ist der Unterrichtsausfall beträchtlich.

2. Die Altersstruktur der Berliner Lehrkräfte ist sehr problematisch. Die Einstellungspolitik der letzten 15 Jahre hat zu einer deutlichen Überalterung der Lehrerschaft geführt. In einzelnen Schulen liegt der Altersdurchschnitt der Lehrkräfte weit über 50 Jahren, landesweit bei über 48 Jahren.

So verspielt Berlin seine Zukunftschancen. Statt mit Eltern und LehrerInnen über die Verbesserung von Schule zu sprechen, statt die Innovationsbereitschaft in den Schulen zu fördern sollen nach dem Willen des Senats weitere 1.600 Arbeitsplätze für junge Lehrerinnen und Lehrer vernichtet werden. Ältere Menschen werden stärker belastet, während jüngere hoch qualifizierte Menschen arbeitslos bleiben. Statt die Entwicklung in der Stadt im Sinne einer verbesserten Zukunft für alle Menschen, die hier leben, voranzutreiben, wird dem Zerfall der Gesellschaft in Gewinner und Verlierer, Reiche und Arme, diejenigen mit und diejenigen ohne Perspektiven Vorschub geleistet.

Wir fordern

- Einstellung von 1.600 jungen Lehrerinnen und Lehrern
- Keine Arbeitszeitverlängerung
- Gemeinsames Nachdenken und Gespräche zwischen Senatsverwaltung und Gewerkschaften, zwischen Eltern, LehrerInnen und Schülern für eine bessere Schule!

An März – Ende der Friedenspflicht Lohnbewegung Metall – Zwischenstand

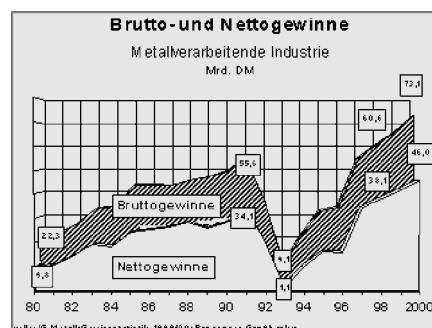
Die Medien, allen voran Fernsehen und Rundfunk, – nur beispielsweise ntv oder br 5 – bieten heute wirtschaftliche Daten in erdrückender Breite. Das Publikumsinteresse wird geweckt und beherrscht durch Meldungen über Aktienplatzierungen und Kursentwicklungen. Die Faszination dieser öden und für die meisten Leute dann doch irrelevanten Größen gleicht der des Lottospiels: Wer es hätt' gewusst, der es hätt' getan. Anders jedoch als Lottogewinner, die dünn gesät sind, hat eine gerissene Politik der Finanzwelt erreicht, dass der überwiegende Teil der Bevölkerung jemanden kennt, der am Aktienboom teilhat. Die Ausgabe von Beteiligungsaktien, verbunden mit dem Kult der Börsengänge hat dafür gesorgt. Die in Mark und Pfennig ausgerechneten Beträge, die auf diesem Wege in die Arbeitnehmerhaushalte kommen, sind vielleicht gar nicht groß, aber sie setzen eine Perspektive. Die Perspektive der Rendite.

Die nebenstehend dokumentierten Argumente, von der IG Metall sorgfältig berechnet und mit Schaubildern eindringlich unterlegt, belegen, dass die Arbeitgeberseite eine Auseinandersetzung schon gewonnen hat: Die IG Metall vertreibt hier das Interesse am Lohn mit Argumenten, die im Wirtschaftsleben fal-

len, wenn etwa über Entnahme von Gewinnen, Dividende etc. gesprochen wird. Im Zentrum der Betrachtung steht die Reproduktion bzw. Akkumulation des Kapitals. Argumente, die die Reproduktion bzw. gutes oder schlechtes Leben der Arbeitnehmer betreffen, werden zur Zeit auf dem Markt der Meinungen so gut wie gar nicht gehandelt. Wozu Lohn bzw. Gehalt reichen müssen, was nach dieser materiellen Seite hin gesehen ein menschenwürdiges Lebens wäre, wird nicht thematisiert. Warum ist das so schwierig?

Der Anteil der Lohn- und Gehaltsempfängern die von vorneherein keine Chance zur Lebensgestaltung haben, als Abhängige der Familie oder des Staates leben oder in die Schulden abstürzen müssen, ist wegen der unstetigen Beschäftigung, die dazugehört, in den Belegschaften nicht so hoch wie in der Realität. Die Engpässe, die bei „Normalverdiennern“ schmerzlich auftreten, ergeben sich meist aus besonderen Lebenslagen, und es ist schwer zu vermitteln, dass diese „besonderen“ Lagen über die Zeit hin fast alle treffen. Die Zeit, in der die Haushaltsskasse stimmt, ist eine Zeit in der angespart werden muss.

Für die Arbeitgeberseite stellt sich die Frage, wie die Erfolge bei der Ideologieproduktion sich vielleicht ausschlachten



Argumente der IG Metall

- Die Gewinne der metallverarbeitenden Industrie haben Rekordhöhe erreicht. Für 1999 rechnen die Großbanken mit einem Gewinnanstieg von 9,2 %; im laufenden Jahr sollen die Gewinne sogar noch einmal um 10,5 % klettern
- Die Umsätze der metallverarbeitenden Unternehmen steigen. Das Ifo-Institut rechnet mit einem Zuwachs von 3,1 %, die Großbanken gehen sogar von 3,8 % aus
- Die Ausfuhr gewinnt an Fahrt. Im dritten Quartal 1999 stiegen die Aufträge aus dem Ausland um 13,8 %.
- Die Produktivität steigt stärker als im letzten Jahr. In der Gesamtwirtschaft soll sie um 3,0 % wachsen (nach 1,5 % in 1999), in der Metallindustrie sogar um 3,5 % (nach ebenfalls 1,5 %)
- Die Lohnstückkosten sind im internationalen Vergleich nur gering gestiegen: In Deutschland um 0,8 %, in Europa um 1,7 %, in den USA um 1,3 %
- Hohe Gewinne sind – anders als die Arbeitgeber behaupten – keine Garantie für Arbeitsplätze. Von 1993 bis 1998 stiegen die Gewinne der Metallunternehmen von 1,1 Milliarden auf 38,1 Milliarden Mark; die Zahl der Arbeitsplätze ging von 4,1 Millionen auf 3,5 Millionen zurück
- Der Osten hält Schritt: Die Wirtschaft soll in diesem Jahr genau so stark wachsen wie im Westen, sagen die Wirtschaftsforschungs-Institute voraus.
- Die Lohnstückkosten (Lohnstückkosten pro produzierter Einheit) sind in Ostdeutschland ständig gesunken. 1999 dürfen sie sich erstmals auf Westniveau bewegen.
- Die Unternehmen im Osten sind aus dem Gröbsten raus: 1997 schrieben sie erstmals schwarze Zahlen.

Das letzte Angebot

Quelle: Interneseiten IG Metall:

In der dritten Verhandlungsrounde am 13. März in Böblingen konkretisierten die Arbeitgeber ihr Angebot für die Ausweitung der Altersteilzeit. Einen Anspruch sollen Beschäftigte ab dem 58. Lebensjahr haben, wenn auf sie eine der folgenden Bedingungen zutrifft:

- 30 Jahre Betriebszugehörigkeit
- Wechsel- oder Nachschicht
- schwerbehindert
- leistungsgemindert

• in den unteren Lohngruppen beschäftigt. Die Arbeitgeber formulierten aber eine Reihe von Einschränkungen:
Es dürfen nicht mehr als drei Prozent der Beschäftigten in Altersteilzeit sein.
Der Arbeitgeber kann die Altersteilzeit für unersetzbare Beschäftigte in Schlüsselpositionen ablehnen.
Obergrenze für die Ansprüche ist die Finanzierbarkeit im betrieblichen Fonds (in ihn soll je zur Hälfte von Arbeitgebern und Arbeitnehmern eingezahlt werden).

Die IG Metall kritisierte, dass eine so gestaltete Altersteilzeit viele Beschäftigte ausgrenze. Sie forderte die Arbeitgeber auf, ihr Angebot nachzubessern.

lassen. Das zeigt das Tarifangebot in Sachen Beschäftigungsbrücke (Dokument 2). Da die Kapitalsseite weiss, was sie an eingespieltem und erfahrenem Personal hat, will man niemanden ziehen lassen, der nicht ausgepowert wäre. Das Angebot zielt darauf, Kolleginnen und Kollegen, die das Durchschnittstempo drücken, weil sie nicht mehr mithalten können, abzuservieren. Aus diesem Verhalten lässt sich schließen, dass eine bedeutende Rationalisierungswelle ins Haus steht.

Das zweite Argument ist ein dreister Betrug. Es geht darum, dass nach Auskunft der Arbeitgeberseite der Abschluss sich am Produktivitätszuwachs zu orientieren habe. Der Produktivitätszuwachs wird inflationsbereinigt gerechnet, er drückt die Zunahme der Produktion, der

Gütermenge aus. Wenn z.B. 3% Produktivitätszuwachs und 1,5% Inflation vorliegen, käme eine Tariferhöhung um 1,5% nicht auf 50% des Produktivitätszuwachses hinaus, sondern auf 0 Prozent. Aus dem Aufwand, den die Arbeitgeberverbände treiben, um den Dreh mit dem Produktivitätszuwachs einzuschärfen, lässt sich schließen, dass sie in den kommenden Jahren doch mit etwas mehr Inflation bzw. Teuerung rechnen.

Wenn aber nun stimmt, dass die Arbeitnehmerhaushalte – im Durchschnitt gerechnet – im letzten Jahrzehnt mehr als 5% Miete gemacht haben, sollte in den kommenden Wochen, wenn Angebote beziffert und von Hunderttausenden auf Haushaltsslagen umgerechnet werden, einige Härte ins Geschäft kommen.

maf

Gesamtmetall voll im Plan

Stumpfe im FAZ-Interview (21.2.2000)

Hat die IG Metall nicht zumindest verbal einen Etappensieg erreicht, weil nur noch von der Beschäftigungsbrücke die Rede ist – auch wenn diese keinen einzigen zusätzlichen Arbeitsplatz schafft?

STUMPF: Es gibt nur ein einziges wirkliches und richtiges Instrument für mehr Beschäftigung, das ist ein Tarifabschluss unterhalb des Produktivitätszuwachses. Da sind sich alle Fachleute einig.

Die Beschäftigungsbrücke haben die Arbeitgeber früher kategorisch abgelehnt. Warum lenken Sie jetzt ein?

STUMPF: Wir glauben nach wie vor nicht – auch die IG Metall glaubt das übrigens nicht –, dass durch die Beschäftigungsbrücke neue Arbeitsplätze entstehen. Wir dagegen wollen neue Arbeitsplätze schaffen durch einen Tarifabschluss, der den Produktivitätszuwachs nicht in vollem Rahmen ausschöpft. Das haben wir so auch im Bündnis für Arbeit vereinbart. Und weil wir diese Vereinbarung für wichtig halten, waren wir bereit, im Bündnis auch über eine Beschäftigungsbrücke zu verhandeln.

Ein Kuhhandel also?

STUMPF: Die Beschäftigungsbrücke ist der Preis dafür, dass der Produktivitätszuwachs zum Orientierungsmaßstab geworden ist. Jetzt aber müssen wir diesen Preis, wenn er schon keine zusätzlichen Stellen schaffen kann, wenigstens so gestalten, dass er nicht auch noch Arbeitsplätze vernichtet. Wie das?

STUMPF: Die Beschäftigungsbrücke wird nur dann keinen Schaden anrichten, wenn wir vier Grundsätze beachten: Es dürfen die Sozialversicherungen nicht belastet werden, es darf keinen Rechtsanspruch der Älteren geben, kurzfristig aus dem Erwerbsleben auszuscheiden, und wir dürfen keine Wiederbesetzungsplik in den Tarifvertrag schreiben. Diese Forderung ist geradezu weltfremd. Wir haben in der Metall- und Elektroindustrie derzeit 200.000 offene Stellen, die wir nicht besetzen können. Wie sollen wir da die Arbeitsplätze besetzen, die zusätzlich geräumt werden? Schließlich dürfen die Mittel nicht von einem anonymen Tariffonds verwaltet werden.



Arbeitgeber lehnen mehr Rechte für Betriebsrat ab. – HB, Montag, 6.3.2000. – Arbeitgeberpräsident D. Hundt hat die Pläne von Bundesminister W. Riester zur Reform des Betriebsverfassungsgesetzes kritisiert. Sollten sie umgesetzt werden, so würde dies zu neuen Belastungen und noch mehr Bürokratie für die Unternehmen führen. „Dadurch würden wir der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft schaden“, sagte Hundt. Besonders die Neufassung des Betriebsbegriffs stört Hundt. „Die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit verschiedener Unternehmen rechtfertigt keine Gremien.“ Die Ausweitung der Mitbestimmung des Betriebsrats auf weitere Unternehmensentscheidungen wie Umweltschutz und Qualifizierung werde zu einer gravierenden Aushöhlung der freiheitlichen deutschen Wirtschaftsordnung führen. Riesters Pläne, das Wahlverfahren für Betriebsräte kleiner Unternehmen zu vereinfachen, bezeichnete Hundt als Verletzung demokratischer Mindestvoraussetzungen.

Gesamtmetall bietet Frührente an. – HB, Dienstag, 7.3.2000. – Das Angebot habe 5 Bestandteile, die sich gegenseitig bedingen, sagte der Präsident von Gesamtmetall, W. Stumpfe. Dazu zähle eine Laufzeit von drei Jahren. Während dieser Zeit würden in drei Schritten die Löhne um jeweils 1,5 % erhöht. Im ersten Jahr sollen die Arbeitnehmer daraus 0,5 % in einen Betriebsfonds zur Finanzierung der Rente mit 60 Jahren. Weitere 0,5 % sollen vom Arbeitgeber kommen. Die Arbeitgeber hätten der IG Metall zusätzlich eine Korrekturklausel angeboten, wonach bei einer gravierenden Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse auch innerhalb der Laufzeit des Tarifvertrags über die Löhne nachverhandelt werden könnte. Außerdem solle die Altersteilzeit ausgebaut werden. Weiterer Bestandteil sei ein ertragsabhängiges Weihnachtsgeld.

Ausbildungsbereitschaft der Betriebe umstritten. – HB, Freitag / Samstag, 10./11.3.2000. – B. Dorn, Berufsbildungsexpertin beim BDA behauptet, es habe ein Verdrängungswettbewerb betrieblicher Ausbildungsplätze durch das Sonderprogramm der Regierung stattgefunden. Das zusätzliche Angebot an außerbetrieblichen Plätzen habe dazu geführt, dass Jugendliche keinen Grund hatten, sich für freie Lehrstellen zu entscheiden, die nicht genau ihrem Wunschberuf entsprochen hätten. Deshalb seien gerade bei mittleren und kleineren Betrieben viele Lehrstellen unbesetzt geblieben. Presseausswertung: rst

Gregor Gysi wendet sich als Fraktionsvorsitzender der Bundestagsfraktion in einem 19seitigen Brief direkt an die Parteitagsdelegierten von Münster. Vorab wird dieser Brief denn schon einmal im *Neuen Deutschland* (ND) veröffentlicht. Das ganze erscheint als Leitartikel, etwas ungewöhnlich für eine linke Tageszeitung. Das kannte man eigentlich nur von der *Jungen Welt*, ist das nicht etwas sektiererisch? Der danebenstehende Kommentar des Redakteur Wolfgang Hübner ist dann eher kritisch:

Einschachtelungen beteiligen. Aber das gilt in jeder Richtung.“ Zu den parteiinternen Auseinandersetzungen meint Bisky: „Man rede zu wenig von Gesicht zu Gesicht und zu viel über die Medien miteinander. Jemanden eine kritische Wahrheit ins Gesicht zu sagen, ist schwieriger, als dies hinter der vermeintlichen Schutzwand technischer Medien tun.“

Da hat Bisky wohl recht. Ist das aber nicht etwas sonderbar, da Parteivorstand und Bundestagsfraktion jetzt in Berlin sitzen? Vielleicht liegt es eher dar-

Neues Deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG · GEGRÜNDET 1946

Donnerstag

● Bankenmacht

Deutsche und Dresdner fusionieren. Gut für Aktionäre. Vielleicht Schlecht für Arbeitnehmer. Sicher.

● Schweden-Nazis

In Stockholm stehen drei Neonazis vor Gericht. Anklage: Mord an dem Gewerkschafter Björn Söderberg.

● PDS-Zwickmühle

Beim Polizeigesetz muss die PDS Sachsen-Anhalts zwischen Macht- und Gesichtsverlust abwegen.

● Vorsicht Maputo!

Mosambik steht das Wasser bis zum Hals. Neue IWF-Kredite lassen den Verschuldungspegel weiter steigen.

● Sport d

Prof. Dr. Ulrich der Anmission von N NI-Gespräch.

Bilanz Im Januar 4,2 Millionen ohne Arbeit

Erneute Zunahme im Osten

Nürnberg/Berlin (ND): Die Zahl der Arbeitslosen ging im Februar zurück - wiederum nur in alten Ländern. In Ostdeutschland fließt die Arbeitsmarktlösung des Zusammenbruchs nach.

Gysi bekräftigt Kritik an linkem Dogmatismus

Brief an die Delegierten des Parteitages: PDS darf sich »nicht einigen«

Nicht nur bei den Grünen erhalten die Delegierten einige Platz vor ihrem Parteizentrum auch hier die MW. Diese Erholung

Geht wiederum um die dagegen strittige Fragen um das Friedens in der Partei willigen Wiederholungen zu lassen. Dies machen

„Einen kleinen Böller zünden und abwarten, wer erschrickt – das ist nicht ganz fair.“

Wolfgang Hübner fragt sich, ob es Sinn macht, ausführlich aus dem Papier zu dokumentieren. Irgendwie macht es wenig Sinn, weil Gysi in der Einleitung seines Briefes bereits mitteilt, dass er darüber gar nicht diskutieren will. Deshalb dokumentieren wir nur diesen Vorspann:

„Diesen Brief schreibe ich euch, weil ich mich die letzten 2 Wochen vor unserem Parteitag auf Beschluss der Bundestagsfraktion auf einer Asienreise befinden und deshalb an Delegiertenberatungen zu den anstehenden Fragen nicht teilnehmen kann. Auf dem Parteitag will ich mich zu den hier behandelten Themen nicht äußern, sondern auf andere Fragen eingehen.“

Welche mögen das wohl sein, wenn er doch in seinem Brief fast alle Fragen streift, die in der PDS so lebhaft diskutiert werden? Wen auch immer Gysi als „Dogmatiker“ geißeln will – man muss sich nicht angesprochen fühlen.

Lothar Bisky meint am 13. März in einem Interview im ND: „Mit seiner Kritik an der dogmatischen Linken hat Gregor Gysi eine eindeutige Zuordnung vorgenommen. Gegen Dogmatismus muss man etwas tun, da gibt es eine Empfindlichkeit in der Partei, dafür habe ich ein gewisses Verständnis. Niemand lässt sich gerne in eine Schachtel einordnen und ich will mich nicht an

an, dass verschiedenen Strömungen nicht in den Dialog einbezogen werden und dass sich bei Gysi und anderen eine gewisse Ratlosigkeit breit macht. Bisky deutet dies an, als man ihn über den Westen befragt:

„Niemand in der PDS weiß bislang übrigens, wie man mit einer größeren Niederlage umgeht – wir kennen nur die kleinen Schritte, im Positiven wie im Negativen. Ich bleibe dabei, der Weg ist steinig, aber ich sehe keinen Grund – vor allem: keinen Sinn – ihn (den Westaufbau) aufzugeben.“

Bei der Diskussion im Parteivorstand über das Wahlergebnis in Schleswig-Holstein wurde aber auch deutlich, dass es im Westen eine Entwicklung der PDS gibt: „Im Gegensatz zu B. Rump, der Kommunalwahlen wegen ihrer anderen Situation nicht als erfolgversprechenden Weg zum Einzug in einen westdeutschen Landtag sieht, befürworteten Marina Stahmann, D. Bartsch und andere diesen Weg ausdrücklich: Bei Kommunalwahlen existiere keine 5-Prozent-Hürde und somit auch keine psychologische Barriere, die Stimme PDS-Vetretern zu geben.“ (Pressedienst 9/2000)

21 Anträge liegen bisher dem Parteitag zum Thema „Internationale Krisen und Konfliktbewältigung“ vor sowie 24 Anträge zur Programmatischen Debatte. Zur Satzungsänderung liegen ebenfalls zahlreiche Anträge vor.

Zusammenstellung: jöd

Die ARGE (Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie / Soziale Befreiung) in und bei der PDS lädt ein zu einem Zwei-Jahre-Kursus:

Politische Ökonomie heute

Grundbegriffe und reale Hintergründe der Volkswirtschaftslehre und der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Der Kurs soll politisch aktiven Menschen in und bei der PDS, in Gewerkschaften und Vereinen, die kein volkswirtschaftliches Studium haben, Grundbegriffe der heutigen „Volkswirtschaftslehre“, wie sie täglich im Wirtschaftsteil der Zeitungen, im Fernsehen und anderswo verwendet werden, erläutern, verstehen und kritisch zu hinterfragen helfen. Die Teilnehmenden sollen wissen, was gemeint ist, und mitdiskutieren können, wenn von „Standort“, von „Lohnquote“ oder „Staatsquote“, von „positiver oder negativer Leistungsbilanz“, von „stabiler Geldmenge“ und dergleichen die Rede ist. Solche Kenntnisse sind für linke Wirtschafts-, Gewerkschafts-, Genossenschafts- und Kommunalpolitik unverzichtbar.

Zu diesem Zweck wollen wir uns über einen Zeitraum von insgesamt zwei Jahren an acht Samstagen – je einmal im Vierteljahr – im hessischen Fulda treffen und dort ein gemeinverständliches Lehrbuch studieren und diskutieren. Als Hilfsmittel soll u.a. auch das Statistische Jahrbuch der BRD herangezogen werden.

Als Lehrbuch für den Kurs soll dienen:

Ulrich Baßeler, Jürgen Heinrich, Walter A.S. Koch, *Grundlagen und Probleme der Volkswirtschaftslehre, Studienausgabe, 15. Auflage 1999, erschienen im Wirtschaftsverlag Bachem, Köln, ISBN 3-89172-415-2. (58 DM)*

Kursteilnehmer werden gebeten, das Buch vor Kursbeginn zu kaufen und zur Vorbereitung des ersten Kurstages die Einleitung sowie das 1. bis 3. Kapitel zu lesen.

Der Kurs wird von mehreren PDS-Landesverbänden und der ARGE unterstützt. Für dieses Jahr sind folgende Kurse geplant:

1. Kurstag: Samstag, 25. März
2. Kurstag: Samstag, 17. Juni
3. Kurstag: Samstag, 16. September
4. Kurstag: Samstag, 25. November

Kursbeginn ist jeweils morgens, 10.30 Uhr. Die DGB-Jugendbildungsstätte Fulda liegt in der Magdeburger Str. 69, ca. 10 Minuten Fußweg vom Hauptbahnhof, so dass eine Anreise am gleichen Tag möglich ist. Abschluss der Kurse soll abends zwischen 17 und 18 Uhr sein, da-

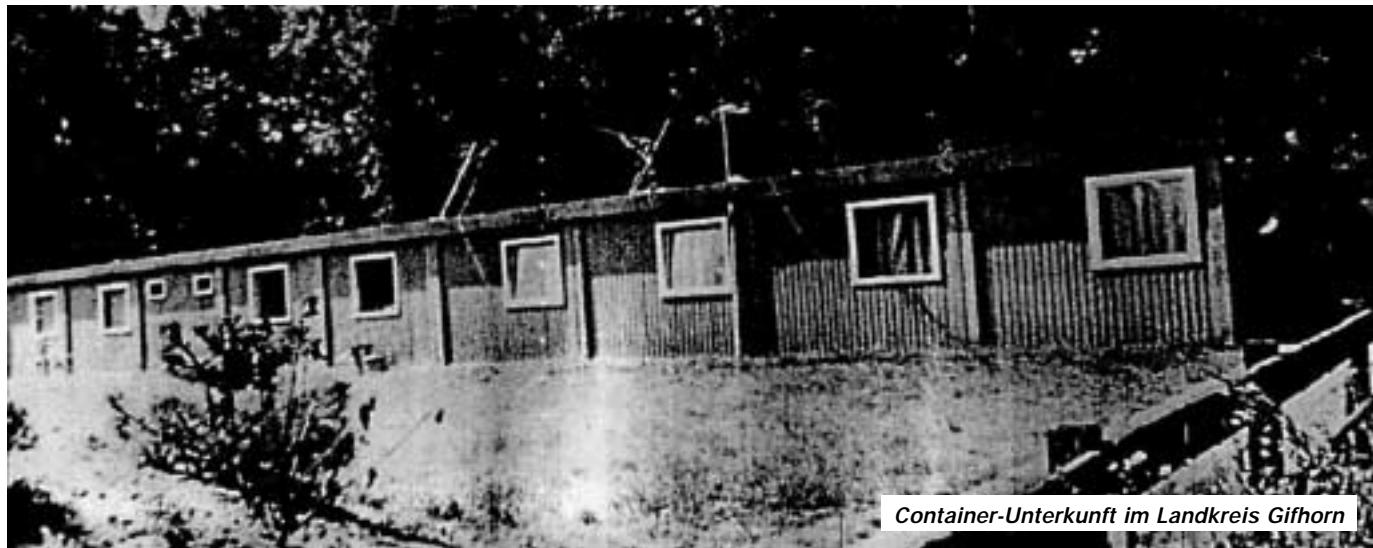
mit alle noch am gleichen Tag nach Hause kommen.

Kursleiter sind Christoph Cornides, Mannheim, Tel. 0621-331650, und Rüdiger Lötzer, Berlin, Tel. (030) 3365773.

Die Zahl der Kursteilnehmer muss auf ca. 25 Personen begrenzt werden. Wir bit-

ten um rasche schriftliche Anmeldung (bitte mit Anschrift und, falls vorhanden, mit Fax- oder E-Mail-Adresse) bei Rüdiger Lötzer, Körnerstr. 10, 13585 Berlin oder per email an: h.reiner@tbx-berlin.de

Christoph Cornides, Rüdiger Lötzer



Container-Unterkunft im Landkreis Gifhorn

Alternative Anhörung zum Asylbewerberleistungsgesetz

Weg mit dem Asylbewerberleistungsgesetz!

Am 14.12.99 fand im Gewerkschaftshaus der IG BCE (Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie) in Hannover eine Veranstaltung „Alternative Anhörung zum Asylbewerberleistungsgesetz“, vom Bündnis gegen Fremdenfeindlichkeit organisiert, statt. Über 100 Teilnehmende von Asylgruppen, Gewerkschaften, Flüchtlingsrat, Volkshochschulverband u.a. waren gekommen. Zu den drei Bereichen: Gutscheinsystem, Wohnen, gesundheitliche Versorgung sprachen u. a. Kai Weber vom Flüchtlingsrat, Bernd Mesovic von Pro Asyl, Jessica Groß vom Flüchtlingsrat und vor allem Flüchtlinge selbst.

Kai Weber zur Geschichte des Asylbewerberleistungsgesetzes in Niedersachsen

„Gutscheine und Sachleistungen gab es in Niedersachsen bereits in den 80er Jahren. Heftige Kritik der Wohlfahrtsverbände und des UNHCR, der 1983 von ‚einzigartig abschreckenden Maßnahmen‘ gegen Flüchtlinge in Deutschland sprach und das festmachte an Sammellagern, Sachleistungen und Gutscheinen, die an Flüchtlinge abgegeben wurden, führte erst 4 Jahre später dazu, dass die FDP-CDU-Regierung unter Albrecht das diskriminierende Gutscheinsystem einstellte mit der Begründung, dass die Gutscheine ohnehin von den Wohlfahrtsverbänden in Bargeld umgetauscht würden. Die Sammellager wurden kurzfristig geschlossen.“

1993 erneute Einführung des Asylbewerberleistungsgesetzes, welches zur Abschreckung neben empfindlichen Leistungskürzungen die Ausgabe von Sach-

leistungen statt Bargeld im Regelfall vorsah. Bargeldleistungen der Kommunen an Flüchtlinge waren weiterhin möglich. Eine Verschärfung des Erlasses erfolgte 1995. Gründe für die Ausgabe von Bargeld mussten aufgelistet werden. Die meisten Städte blieben weiterhin bei der Ausgabe von Bargeld. 1997 kam es erneut zur Verschärfung des Asylbewerberleistungsgesetzes mit einer drastischen Ausdehnung der Dauer der Leistungskürzungen, aber mit einer Lockerung des rigiden Sachleistungsprinzips. Seit 1997 können Flüchtlinge Bargeld oder Gutscheine erhalten, es bestand kein Vorrang mehr von Gutscheinen gegenüber Bargeld. Z. B. nahm Sachsen-Anhalt dies zum Anlass, generell Bargeldzahlung vorzuschreiben. Niedersachsen ist den umgekehrten Weg gegangen und forderte die Kommunen auf, das Gutscheinsystem umzusetzen. Die aktuelle Situation ist nicht nur durch den Gesetzgeber, sondern insbesondere durch die niedersächsische Landesregierung herbeigeführt worden. Sie hat sich durch die Ausgabe von Gutscheinen statt Bargeld für Flüchtlinge entschieden, sie hätte auch anders handeln können und könnte auch jederzeit diese Entscheidung rückgängig machen. Die heutige Anhörung soll dem Zweck dienen, herauszufinden, was diese Entscheidung der Landesregierung in der Praxis vor Ort bedeutet.“

Steve Agbi berichtete über seine Erfahrungen mit dem Gutscheinsystem

„Mein Name ist Steve Agbi, ich komme aus Nigeria. Vier Hauptprobleme ergeben

sich für mich mit den Gutscheinen: 1) Wenn ich z.B. mit einem Gutschein im Wert von 30 DM Waren für 27 DM bezahlen will, erhalte ich kein Wechselgeld zurück. Ich muss etwas kaufen, was ich eigentlich nicht brauche. Geschäfte, die grundsätzlich keine 10 % Wechselgeld auszahlen, sind u.a. Extra-Markt und Rossmann. 2) Da die Gutscheine nicht auf den nächsten Monat übertragbar sind, ist es nicht möglich, einen Betrag anzusparen, um eine etwas teurere, aber notwendige Sache zu kaufen. Das führt ebenfalls dazu, dass ich irgendwas kaufe, obwohl ich es nicht brauche, damit der Gutschein nicht verfällt. 3) Ich würde gern öfter Lebensmittel aus dem Afro-Shop essen, sie bekommen mir auf die Dauer besser. Da diese Geschäfte keine Wertgutscheine annehmen, ist dies leider nicht möglich. 4) Telefongespräche – auch ins Ausland – zu Verwandten und Freunden sind m.E. kein Luxus, sondern notwendig, um psychisch überleben zu können. Von 80 DM Taschengeld ist das unmöglich. Telefonkarten sollten auch über Wertgutscheine zu erhalten sein.“

Die Umtauschinitiativen in Hannover, Hildesheim, Göttingen, Osnabrück haben vielfältige Formen der Unterstützung, Tauschbörsen usw. ins Leben gerufen und öffentlich auf sich aufmerksam gemacht.

Wohnen auf 4,5 und 8 qm

Zum Bereich Wohnen greifen wir den Bericht einer Afrikanerin heraus, die über ihre Wohnsituation in Hannover-Lahe berichtete: „Wir wohnen zu vier Perso-



Demonstration von Flüchtlingen aus Bad Grund

nen in zwei Zimmern mit $4 \text{ m} \times 1\frac{1}{2} \text{ m}$ und $4 \times 2 \text{ m}$. Die Zimmer werden zu mehreren Personen belegt. Wegen der räumlichen Enge ist das Zusammenleben schwierig, z.B. putzt sich ein Bewohner die Zähne im Spülbecken, was die anderen Bewohner stört. Küche und WC müssen gemeinsam benutzt werden. Ich wohne in einem Container-Wohnheim, das ganz schlecht isoliert ist. Wenn es draußen kalt ist, ist es im Wohnheim kalt, wenn es draußen warm ist, ist es drinnen warm. Drei Jahre lang fiel im Winter die Elektrizität aus, und da die Heizung über Strom läuft, konnten wir nicht einmal heizen. Oder die Heizung war eingefroren, das Heizungssystem hat nicht funktioniert. Da sehr viele Kinder in diesem Heim so eng zusammenwohnen, ist die Ansteckungsgefahr groß. Wenn ein Kind krank ist, werden auch alle anderen Kinder krank. Die größeren Kinder, die zur Schule gehen, besuchen zwar andere Kinder, aber die Kinder kommen nicht zu ihnen; die Grundschullehrerin möchte das nicht, weil die anderen Kinder sich über die Heimkinder lustig machen. Das Heim ist schlecht schallisoliert und das wirft Probleme auf, denn Heimbewohnerinnen und -bewohner haben nicht denselben Lebensrhythmus. Der eine möchte abends Gitarre spielen, der andere daneben muss schlafen, weil er am nächsten Morgen früh aufstehen muss. Für 100 Zimmer mit jeweils 4 Bewohner gibt es nur drei Waschmaschinen im Haus, von denen meist eine kaputt ist. Es gab jahrelang Küchenschaben, wogegen chemische Produkte angewandt wurden. Im Augenblick gibt es keine, aber wer weiß, wie lange. Wir haben Angst vor einem Brandanschlag im Heim, vor allem seitdem die benachbarte Tankstelle auf dem Platz vor dem Heim, wo unsere Kinder früher Fußball spielen konnten, Benzin-tanks lagert. Wir haben große Angst, dass, wenn es zu einem Feuer kommt, es eine Katastrophe gibt. Ich empfinde das Leben hier als moralische Folter und meine, dass der Umgang der Menschen mit

uns von großem Misstrauen geprägt ist. Unabhängig von Religion oder Landeszugehörigkeit sollte die Haltung des Misstrauens durch Vertrauen und Respekt ersetzen werden.“

Die Ärztin Jessica Groß kritisierte die eingeschränkte und unzureichende ärztliche Versorgung von Flüchtlingen

Jessica Groß führte u. a. aus: „.... Die Fluchterfahrungen, die die Flüchtlinge selbst durchgemacht haben, führen zu Traumatisierungen und zu psychosomatischen Erkrankungen. Die Symptome nach durchlittener Folter sind z.B. Schlafstörungen, Konzentrationsstörungen, Erinnerungsschwäche, zwanghaftes Wiedererleben, Ängste, Unfähigkeit, anderen zu trauen, Irritabilität, Kontaktstörungen, psychosomatische Symptome und als Langzeitfolge Depressionen. Wenn Flüchtlinge mit solchen „Befindlichkeitsstörungen“ in die ärztliche Behandlung kommen, wird der Zusammenhang mit der Foltergeschichte meist nicht erkannt. Das liegt daran, dass viele Allgemeinmediziner und -medizinerinnen über die Symptome des posttraumatischen Belastungssyndroms nicht ausreichend informiert sind, das ist eine Fortbildungslücke unter den Ärzten. Durch die Situation im Asylverfahren und die Lebensbedingungen von Flüchtlingen kommt es zu Retraumatisierungen, z.B. durch die erkennungsdienstliche Behandlung von Asylbewerbern, die Zwangsverteilung; das Arbeitsverbot beeinträchtigt das Selbstwertgefühl, Sammelunterkünfte erinnern an Gefängnisse, die Erfahrung, selbst ohne Einfluss zu sein, erinnert an Verhöre und Folterungen. Das Asylverfahren ruft Orientierungslosigkeit hervor und wird als bedrohlich erlebt. Die rechtlichen Beschränkungen verhindern Vertrauen in die neue Umgebung. Die Flüchtlinge fühlen sich wie in der Vergangenheit eingeengt und ohnmächtig. D.h. die gesundheitliche Versorgung von Flüchtlingen ist nicht nur laut Gesetz eingeschränkt, son-

dern, wenn sie überhaupt stattfindet, ist sie mangelhaft. Der deutsche Ärztetag hat sich mit diesen Problemen beschäftigt und hat 1994/95 Beschlüsse gefasst, die sich gegen das Asylbewerberleistungsgesetz wenden und gegen die Ausgrenzung von immer neuen Patientengruppen aus der medizinischen Versorgung wenden. Der deutsche ÄrztInnenbund hat 1995 gefordert, dass Kinder von Asylbewerbern, Flüchtlingen und deutsche Kinder gleichgestellt werden. Das ist auch der Bezug auf die Kinderrechtskonvention der UNO. Im letzten Jahr hat der Weltärztekongress auf seiner Tagung in Kanada die Pflicht von Ärzten und Ärztinnen bekräftigt, Menschen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus medizinisch zu behandeln...“

Verweigerung einer Brille

„Ich, E. Djondou, bin Flüchtling und lebe in Hildesheim. Ich erhielt vom Augenarzt Dr. Littan eine Brillenverordnung. Nachdem ich einige Male beim Sozialamt mündlich die Bezahlung der Brille beantragt hatte, bekam ich eine negative Antwort. Das Sozialamt verwies auf den § 4 des Asylbewerberleistungsgesetzes. Ich benötigte diese Brille und schickte eine Klage zum Verwaltungsgericht, in der ich das Sozialamt wegen der abgewiesenen Kostenübernahme verklagte. Als Antwort erhielt ich ein Schreiben mit der Aufforderung zu einer zusätzlichen Amtsuntersuchung im Gesundheitsamt Hildesheim. Eine Notwendigkeit für eine Brille wurde nach der Untersuchung vom Gesundheitsamt nicht festgestellt. Im Schreiben vom 20.2.98 vertritt das Gesundheitsamt die Meinung, meine Sehkraft sei für Nähe und Ferne ausreichend gut. Im Oktober 98 habe ich eine weitere Untersuchung vorgenommen und erhielt eine Brillenverordnung von Dr. Scharenberg in Lüneburg. Diesmal übernahm ich die Kosten selbst. Die Brille hatte einen Gesamtpreis von 158,40 DM.“

(§ 4 des Asylbewerberleistungsgesetzes lautet: Zur Behandlung akuter Erkrankungen und Schmerzzustände sind die erforderliche ärztliche und zahnärztliche Behandlung einschließlich der Vorsorge mit Arznei- und Verbandsmitteln sowie sonstige, zur Genesung, zur Besserung oder Linderung von Krankheiten oder Krankheitsfolgen erforderlichen Leistungen zu gewähren... (seit 1.9.98 gültige Fassung)

Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen

Die Versammelten der Veranstaltung „Alternative Anhörung zum Asylbewerberleistungsgesetz“ waren sich einig, dass das Asylbewerberleistungsgesetz abgeschafft gehört. Alle Hilfeleistungen sollen auf das Niveau des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) angehoben werden. Das Recht auf Asyl muß wiederhergestellt werden.

Hannover, 9.3.2000,
zusammengestellt von anr



Capek-Gesellschaft für Völker-verständigung und Humanismus e.V.

c/o Dr. Ulrich Grochtmann,
Gerh.-Hauptmann-Str. 4,
58093 Hagen Tel.
02331/54028

c/o Rosemarie Pößnecker,
Gerh.-Hauptmann-Str. 6,
58093 Hagen Tel.
02331/586131

Konto: Sparkasse Hagen, BLZ 45050001
Kto.Nr. 122004760

Die Capek-Gesellschaft für Völker-verständigung und Humanismus e.V.

„Unsere Gesellschaft“, so stellt sich die 1981 gegründete Capek-Gesellschaft selbst vor, „ist nach den Gebrüdern Josef und Karel Capek benannt; nach zwei tschechischen Malern und Schriftstellern, die ihr Leben und Werk in den Dienst humanistischer Zielsetzungen stellten und die beide dem NS-Terror zum Opfer fielen.“

Der 1890 geborene Karel Capek ist Weihnachten 1938 – in tiefster Resignation über das Diktat von München – verstorben. Die Spuren seines etwa drei Jahre älteren Bruders Josef verlieren sich im KZ Bergen-Belsen. Hier ist er – nach fast sechsjähriger Haft in verschiedenen Konzentrationslagern – nur wenige Tage vor der Befreiung letztmals gesehen worden...

Im Sinne der Gebrüder Capek sieht unsere Gesellschaft ihre Zielsetzungen in der ‚Förderung von Völker-verständigung, des aufgeklärten und kritischen Geschichts- und Gegenwartsverständnisses‘ sowie ‚freiheitlichen, demokratischen und kreativen Gedanken-guts‘ (aus der Satzung).

Neben Seminaren, Vorträgen und Exkursionen zwecks Aufarbeitung von Themen aus den Bereichen Geschichte, Politik, Vöker-kunde, Religion, Soziologie,

Literatur und Kunst führt unsere Gesellschaft Sprachkurse und Ausstellungen durch.“

Die erste Ausstellung, die die Capek-Gesellschaft erarbeitete und die heute noch als Wanderausstellung gezeigt wird (zurzeit z.B. in der Versöhnungskirche in Dachau), enthält „Politische Karikaturen von Josef Capek u.a. aus der Zeit von 1933-1938“. In Zusammenhang mit dieser Ausstellung wurden zwei Dokumentationsbände herausgegeben: „Geschichte aus der Nähe“ (DIN A4, 200 Seiten, 24,80 DM) und „Mit Feder und Pinsel gegen Volksverdummung, Diktatur und Krieg“ (DIN A4, 84 Seiten, 19,80

DM). Im ersten findet sich eine reichhaltige Sammlung von Karikaturen von Josef Capek, kombiniert mit interessanten Hintergrundartikeln und einem umfangreichen Dokumentationsmaterial. Der zweite Band enthält Grafiken verschiedener Künstler – neben Josef Capek sind Eric Godal, Fritta (Friedrich Tausig), Antonín Pelc und František Bidlo vertreten –, die in der Zeit von 1927-1938 in der CSR entstanden und in Zeitungen/Zeitschriften wie „Der Simpl“, „Rudé právo“, „Sozialdemokrat“, „Kritický Mesíčník“ u.a. erschienen. „Einige geschichtliche Hintergründe zu den Grafiken (nicht als Bildbeschreibungen aufzu-



**Solche Erfolge
erreichen nur deutsche Molche**



Aus: Karel Capek, Der Krieg mit den Molchen (siehe nächste Seite)

fassen)“ liefern Informationen, die die einzelnen Werke über den unmittelbaren karikaturistischen Effekt hinaus verständlich und wirksam werden lassen. Die Einleitung von Dr. Ulrich Grochtmann, einem der Gründer der Capek-Gesellschaft, enthält biografische Hinweise zu den Künstlern und zur Rezeptionsgeschichte ihrer Werke. An Stelle eines Nachworts sind ein Beitrag von Erhard Eppler und Auszüge aus einer Rede abgedruckt, die Uta Ranke-Heinemann am Karfreitag 1984 zum Gedenken an die Ermordung zahlreicher Zwangsarbeiter und Widerstandskämpfer während der letzten Kriegstage 1945 hielt.

Schade, dass es keinen solchen Dokumentationsband zu der Ausstellung „München 38/ März 39“ gibt, die sich als „ein Beitrag zum Thema Deutsche und Tschechen“ versteht. Die Ausstellung, die zurzeit in Unna gezeigt wird und im Mai nach München kommt, ist Ludwig Czech und Emil Strauss gewidmet, „zwei hervorragenden Persönlichkeiten aus der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik, die beide dem Nazi-Terror zum Opfer fielen“.

Eine dritte Ausstellung befasst sich mit „Mozart in Prag“, und eine vierte hat den Titel „Sozialdemokrat (1921–1938) – Eine Prager Tageszeitung als Vorkämpferin für Demokratie und Völkerverständigung“. In Zusammenhang mit dieser letztgenannten Ausstellung wurden Zeitzeugen aus verschiedenen Ländern aufgefordert, sich zu den Ereignissen und Entwicklungen der Jahre 1938/1939 zu äußern. Unter anderem wurde die These zur Diskussion gestellt, „das vor allem durch die (nicht gerade einflusslosen) Sudetendeutschen Landsmannschaften gehetzte und gepflegte Geschichtsbild stehe einer tatsächlichen Aussöhnung im Wege, da hier nach besten Kräften all jene Aspekte unter den Teppich gekehrt werden, die letzten Endes erst Gedanken an Zwangsaussiedelungen aufkommen ließen“. Die Sudetendeutschen Landsmannschaften versuchten, ein fragwürdiges Geschichtsbild aufrecht zu erhalten, um hieraus zweifelhafte Rechtsansprüche abzuleiten (Entschädigung/Rücksiedelung).

Aktuellstes Projekt der Capek-Gesellschaft ist die geplante Gründung eines „Zeitungsarchivs für Mittel- und Osteuropa“. Viel Material wurde bereits gesammelt, und nun will ein Förderer aus Übersee der Gesellschaft sein gesamtes Archiv – etwa 10.000 größtenteils thematisch aufgeschlüsselte Beiträge aus tschechischen und anderen Presseorganen des 20. Jahrhunderts – als Grundlage für das Archiv zur Verfügung stellen. Leider hat sich bislang kein Träger gefunden, der die Finanzierung übernehmen würde. Damit wichtige Materialien und Quellen nicht verloren gehen, ist die Gesellschaft deshalb auf Spenden dringend angewiesen. *Renate Hennecke (Deutsch-Tschechische Nachrichten Nr. 17)*

Brief von Karel Capek an Maxim Gorki erstmals auf tschechisch veröffentlicht

Capeks Warnung von 1935 immer noch aktuell

Von Zdenek Horení

In ihrer wöchentlichen Beilage zu Kultur und Literatur, Obrys-Kmen, veröffentlichte die Tageszeitung Haló noviny kürzlich einen Beitrag, den Karel Capek für Maxim Gorkis Anthologie „Ein Tag im Leben der Welt“ schrieb. Dieser Aufsatz wurde in der Tschechischen Republik bislang noch nie publiziert. Ein kleines literarisches Ereignis also: nach 64 Jahren erfuhren die tschechischen Leser erstmals, was der populäre Schriftsteller am 27. September 1935 in einem Brief an Maxim Gorki in Moskau schrieb. Der berühmte Russe hatte ihn gebeten, zu beschreiben, was er am Freitag, den 27. September 1935, einem zufällig ausgewählten „Tag im Leben der Welt“, getan hatte.

Capek bewahrte weder das Original dieses Briefes noch eine Kopie davon auf, und daher erschien er in keiner Ausgabe seiner Gesammelten Werke. Erhalten blieb nur die russische Übersetzung in Gorkis Anthologie, die 1937 in Moskau erschien.

Diese wurde jetzt ins Tschechische rückübersetzt.

Zum ersten Mal am Lenkrad eines Autos

Capek schreibt, dass er am 27. September 1935 zum ersten Mal in seinem Leben am Lenkrad eines Autos saß, um fahren



Ausgabe des
Diogenes-
Verlages von
1981

zu lernen: „Beherrschend ist das Gefühl einer scheinblichen Angst. Eine genaue Analyse dieser Angst ergibt: 1. das angeborene Misstrauen des Intellekts gegenüber einer Maschine, 2. die grässliche Fähigkeit des Intellektuellen, alle möglichen Folgen vorauszusehen. Ein einfacher strukturierter Mensch ist hierfür besser geeignet. Auch in der Politik ist gewöhnlich eine ausgesprochene Simplizität erforderlich: man muss regieren, ohne daran zu denken, was die Zukunft bringen könnte.“

„Wie jeden Freitag“ spielte Capek außerdem den Gastgeber für etliche

Schriftsteller, Journalisten und Politiker der jüngeren Generation in seinem Haus in Prag. „Selbstredend“, so Capek, sprachen sie „über den Krieg“. Auch von anderen Dingen war die Rede, aber die Angst vor einem neuen Weltkrieg durchzieht den ganzen Brief (den Capek im übrigen mit „Nichts Neues“ betitelt hatte). „In den Zeitungen steht nichts Neues, nur, dass der Krieg unausweichlich ist. Also heißt es heute: ‚Nichts Neues‘.“

Die Molche sind keineswegs utopisch

Getreu der „grässlichen Fähigkeit des Intellektuellen, alle möglichen Folgen vorzusehen“, stellte Capek Betrachtungen darüber an, was die Machtübernahme Adolf Hitlers für Europa und die Menschheit bedeutete. Aber über die reinen Betrachtungen hinaus warnte er auch – warnte mit seinen Waffen, den Waffen des Wortes, den Waffen der Kunst. Aus diesem Grunde schrieb er auch, nachdem Hitler in Deutschland an die Macht gekommen war, einen utopischen Roman mit dem Titel „Der Krieg mit den Molchen“.

Auf diesen Roman anspielend, schreibt er an Gorki: „Heute habe ich das letzte Kapitel meines utopischen Romans abgeschlossen.“ Abgesehen von dem Schicksal, das die expansiven Molche erlebt, entwickelt Capek im „Krieg mit den Molchen“ eine düstere Vision von der Zukunft der Menschheit, wenn es nicht gelingt, die Ausbreitung der Unmenschlichkeit rechtzeitig zu stoppen.

Anti-Held Nationalismus

Capek fährt fort: „Der Anti-Held dieses Buches ist der Nationalismus. Das Gesamtthema ist einfach: das Ende der Welt und seiner Bewohner. Es ist ein hässliches Kapitel, basierend einzig und allein auf der Logik. Aber es muss so enden: die Ursache der Vernichtung der Menschheit wird nicht irgendeine kosmische Katastrophe sein, sondern der Staat, die Wirtschaft, die Macht und ähnliche Faktoren. Es war unausweichlich.“ Das ist die wichtigste Botschaft, die Capek schon 1935 an die Menschheit am Ende des 20. Jahrhunderts richtete: Er sieht den Feind nicht in irgendeiner Art äußerer Katastrophe, sondern in der Unfähigkeit, die selbstzerstörerischen Fehler der menschlichen Zivilisation zu vermeiden, z.B. den Nationalismus, wenn dieser außer Kontrolle gerät und zum beherrschenden Motiv der Machtpolitik von Regierungen und Staaten wird. Capek hatte dabei den Expansionismus des Hitler-Systems vor Augen – den deutschen Faschismus. Aber natürlich haben seine Warnungen, sofern wir sie im heutigen Kontext richtig deuten, bis heute nichts von ihrer Aktualität verloren.

Aus Postmark Prague

Vorschläge für eine Charta der sozialen Bewegungen in Europa

Jene soziale Bewegung, die zumindest in Europa während der letzten Jahre erkennbar wurde, steht vor einer wichtigen Entscheidung. Will sie eine feste, anerkannte und ernstzunehmende Größe werden, dann ist es unabdingbar, all die betroffenen Gruppen, zunächst auf europäischer Ebene, in einem noch zu gründenden Netzwerk zu sammeln und miteinander ins Gespräch zu bringen – einem Netzwerk, das in der Lage wäre, diese Kräfte zu bündeln, ihre Ziele aufeinander abzustimmen und schließlich ein gemeinsames Vorgehen zu erarbeiten: Gewerkschaften, die Bewegung der Arbeitslosen, Obdachlosen oder Staatenlosen, Frauengruppen, Umweltvereinigungen und viele andere.

Diese Bewegungen haben trotz aller Unterschiede, trotz der manchmal bestehenden Meinungsverschiedenheiten, zumindest eines gemeinsam: Sie verteidigen jene, die heute von der neoliberalen Politik immer mehr einem ungewissen Schicksal preisgegeben werden, und greifen gleichzeitig all die gesellschaftlichen Probleme auf, die diese Politik dabei zurückgelassen hat. Es sind dies Probleme, die auch und gerade von den sozialdemokratischen Parteien verharmlost oder verdrängt werden, von sozialdemokratischen Regierungen, die sich gegenwärtig vor allem darum bemühen, die bestehende Wirtschaftsordnung zu verwalten und hinter einem letzten Rest staatlicher Handlungsfreiheit verschansen, und sich dabei immer bedenkenloser mit den wachsenden gesellschaftlichen Ungleichheiten, mit allgemeiner Arbeitslosigkeit und der Prekarisierung ganzer Bevölkerungsgruppen abgefunden haben. Gerade deshalb brauchen wir eine wirkliche kritische Gegenmacht, die im-

stande ist, diese Probleme immer wieder auf die politische Tagesordnung zu setzen, durch neue, insbesondere symbolische Formen des Handelns, um immer wieder, wie es auch in Seattle geschehen ist, die grundlegendsten Wünsche der Bürger zum Ausdruck bringen.

Diese kritische Gegenmacht gegen die internationalen Mächte des Marktes muss selbst international sein, und die Europäer können hier einen Anfang machen. Weil es diese Bewegung mit konservativen und restaurativen Kräften zu tun hat, Kräften, die sich insbesondere mit ihren Versuchen eines Abbaus, wenn nicht gar der letztendlichen Zerstörung des »Wohlfahrtsstaates« auf eine Wiederherstellung der Vergangenheit richten, muss sie eine mächtige Bewegung werden, damit sie – wie die sozialen Bewegungen des 19. Jahrhunderts – Staaten und Regierungen dazu drängen kann, wirksame Maßnahmen für eine Kontrolle der Finanzmärkte zu ergreifen und eine gerechtere Verteilung des Reichtums der Nationen, in ihnen und zwischen ihnen durchzusetzen.

Aus diesem Grund schlagen wir vor, bis Ende des Jahres 2000 verschiedene Tagungen der sozialen Bewegungen in Europa zu veranstalten, mit dem Ziel, eine gemeinsame Charta auszuarbeiten und Grundlagen für eine internationale Struktur zu schaffen, die alle möglichen organisatorischen und intellektuellen Formen des Widerstandes gegen die neoliberalen Politik bündelt, gleichzeitig aber ihre Unabhängigkeit gegenüber den Parteien und Regierungen, insbesondere gegenüber den Regierungsparteien, bewahrt.

Diese Treffen sollten zunächst einen offenen Austausch über unterschiedliche

Vorstellungen und Ziele gesellschaftlicher Veränderung ermöglichen können, die sich alle den gegenwärtig beobachtbaren ökonomischen und sozialen Prozessen (Flexibilisierung, Prekarisierung, Pauperisierung ...) entgegenstellen und die damit einhergehende Politik der „inneren Sicherheit“ bekämpfen, mit der heute fast alle europäischen Regierungen die Auswirkungen dieser Prozesse einzudämmen versuchen. Zweitens sollten sie Gelegenheit geben, dauerhaftere und festere Beziehungen zu knüpfen, die eine schnelle Mobilisierung aller beteiligten Gruppen im Hinblick auf gemeinsame oder aufeinander abgestimmte Aktionen ermöglichen, ohne dabei irgendeine Form zentralistischen Zwangs einzuführen, und ohne den ungeheuren Reichtum zu zerstören, den die einzelnen Gruppen mit ihrer jeweiligen Eigenart und ihrer unterschiedlichen Geschichte in eine solche Bewegung einbringen können. Drittens schließlich könnten diese Treffen gemeinsame Ziele für ihre Aktionen auf nationaler und internationaler Ebene ausarbeiten und abstimmen, die alle auf die Schaffung einer solidarischeren Gesellschaft gerichtet sind, deren Grundlage die Anerkennung, Vereinheitlichung und Erweiterung ihrer sozialen Errungenschaften bilden.

Eine solche Sammlung all jener Kräfte, die in ihrem tagtäglichen Kampf gegen die verhängnisvollsten Auswirkungen der neoliberalen Politik ein praktisches Wissen um deren zerstörerische Wirkungen erworben haben, könnte auf diese Weise einen gemeinsamen schöpferischen Prozess in Gang bringen, und so den vielen Menschen, die sich in dieser Welt nicht mehr erkennen, eine realistische Utopie eröffnen, zu der die Parteien nichts mehr beizutragen haben, eine Utopie, in der sich durchaus manchmal unterschiedliche und eigenständige, aber dennoch auf gemeinsame Ziele hinwirkende Bemühungen im Kampf um ein selbstbestimmtes Leben wiederfinden und verbünden könnten.

Dieser Text wurde von Pierre Bourdieu und der Gruppe *raison d'agir* im Anschluss an eine Reihe von Zusammenkünften und Diskussionen mit Vertretern unterschiedlicher sozialer Bewegungen und Gewerkschaften Europas verfasst.
Kontakt:
www.msh-Paris.fr/agir und
www.zeg.org



Euromarsch der Arbeitsloseninitiativen 1999

24./25. März, Bautzen: Friedenspolitische Konferenz der PDS zum Thema: *Militärische Gewalt, nichtmilitärisches Konfliktmanagement und die Schaffung kooperativer Sicherheitsstrukturen im Lichte der UNO-Charta*. Beginn am 24.3., 20-22 Uhr mit einer Podiumsdiskussion: Die Welt von heute, Widersprüche, Konflikte, Herausforderungen und politische Strategien für internationale Konfliktverhütung, -beilegung und Krisenmanagement zu Beginn des 21. Jahrhunderts. 25.3., 10.00 Uhr: Eröffnung der Konferenz durch Hans Modrow: Friedenspolitik im 21. Jahrhundert, Herausforderungen für die internationale und Sicherheitspolitik der PDS. Plenardebatte 10.30 bis 13.30 Uhr: „Die Vereinten Nationen und die internationale Sicherheit“. 14.00 bis 18.30 Uhr: Plenardebatte: „Zivilgesellschaft, internationale Sicherheitsstrukturen und der Traum der Linken vom Ewigen Frieden“. „Diese politisch-wissenschaftliche Konferenz ist für die PDS kohärenter Bestandteil der Vorbereitung auf die 3. Tagung des 6. Parteitag in Münster und soll zur Konkretisierung der politischen Aussagen der PDS einen sachlichen wissens- und positionserweiternden Beitrag leisten.“

ADRESSE AUFKLEBER

25. März, Mannheim: Arbeitskonferenz der PDS-Bundestagsfraktion zum Thema „*Ein Jahr nach dem Kosovo-Krieg: Rüstungswirtschaft und Sicherheitspolitik im Zeichen der Europäisierung*“. Die Diskussion wird in vier Teile gegliedert sein: 1. Kapitalistische Produktion, Rüstungsindustrie und Krisen – Dr. Winfried Wolf (MdB) 2. Die Europäisierung der Rüstungsindustrie – Stefan Gose (Redakteur der Zeitschrift antimilitarismus-informatio, Berlin), Tobias Pflüger (Informationsstelle Militarisierung Tübingen), Thomas Klein (Kampagne gegen Rüstungs-exporte, Wiesbaden), 3. Vor einer Europäischen Militärunion? – Dr. Hans-Joachim Gießmann (Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Ham-burg), Otfried Nassauer (Berliner Institut für Transatlantische Sicherheit), Paul Schäfer (PDS-Bundestagsfraktion) 4. Nach dem Kosovo-Krieg: Arbeitsperspektiven der Friedensbewegung – Heidi Lippmann (MdB), Harry Siegert (DGB-Vorsitzender Heidelberg), Dr. Peter Strutynski (Univ. Kassel, „Kasseler Friedensratschlag“ –Veranstaltungsort: Gewerkschaftshaus Mannheim, Hans-Böckler-Straße 1, ca. 1200 Meter vom Hauptbahnhof. – Anmeldungen: PDS im Deutschen Bundestag, AG Internationale Politik, Platz der Republik, 11011 Berlin, Dr. W. Wolf, Jägerstr. 67, 10117 Berlin, Tel. 030/227-71788, Fax 030/227-76068 oder: PDS-Regionalbüro Baden, Tel.: 06221/180630, Fax: 06221/180631

7.- 9. April: PDS-Bundesparteitag in Münster

9. April: CDU-Parteitag in Essen

15.-16. April: Bundestreffen des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften. Siehe ausführlich in den Ausgaben 4 und 5. Beginn: Samstag, 10.0 Uhr, Ende Sonntag gegen 13.00 Uhr

15. April, Berlin: AG Kommunalpolitik der PDS, 11-16 Uhr, Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin-Mitte, Vulkan-Beratungszentrum Saal 1. TO: 1. Stadtwerke unter Wettbewerbsdruck – Anforderungen an die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen; 2. Kurzer Informationsaustausch zu aktuellen kommunalpolitischen Schwerpunkten und Vorhaben in den Bundesländern

15. April, Frankfurt: Tarifpolitik im Shareholder-Kapitalismus – Tagung des Forum Gewerkschaften, Frankfurter Gewerkschaftshaus, 10.30-17.30 Uhr. Das detaillierte Programm und die Anmeldemodalitäten gibt es auf der Homepage der Zeitschrift Sozialismus: www.sozialismus.de

19. April: Hauptversammlung der DaimlerChrysler AG, ICC Berlin, mit Aktionen der Kritischen Aktionäre. Kontakt: Dachverband kritischer DaimlerChrysler Aktionäre, Sophienstr. 19, 70178 Stuttgart, Tel.: 0711/608396,

Fax: 0711/608357, E-Mail: orl@gaia.de
Internet: <http://www.dfg-vk.de/orl/index.htm>

22. - 24. April: Ostermarsche in der ganzen Bundesrepublik

27./28. Mai, München: 8. isw-forum zum Thema: *Kapitalismus im XXI. Jahrhundert. Entwicklungslinien der politischen Ökonomie des Kapitals*. Mit ReferentInnen aus USA, Kuba, Japan, China und Deutschland. Cuba: Globalisierung und Staat (Referat: Mitarbeiter des „Forschungszentrums Weltwirtschaft“, Havanna); USA: Boom ohne Ende? (Referat: Prof. Richard D. Wolff, Department of Economics, University of Massachusetts); Japan: Von der „Herausforderung“ zur „Gefahr“ für die Weltwirtschaft; China „Langer Marsch“ zum Sozialismus oder Übergang zum Kapitalismus? (Referat: Mitarbeiter/in des „Forschungszentrums für die gegenwärtige Welt“, Peking); Verbrechen Wirtschaft – Moderner Kapitalismus als höchstes Stadium der organisierten Kriminalität (Referat: Conrad Schuhler, Mitarbeiter des isw e.V.) Eintritt pro Tag: 10,- DM, beide Tage: 16,- DM, StudentInnen, Arbeitslose, SchülerInne je die Hälfte. Veranstalter: institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung münchen e.V. Veranstaltungsort: München, Gewerkschaftshaus, Schwanthalerstr. 64, Beginn jeweils 10 Uhr

14. Mai: Landtagswahlen in NRW

26. Mai: Nordatlantische Versammlung, Frühjahrs-Tagung in Budapest.

31. Mai: Deutscher Katholikentag in Hamburg

31. Mai bis 4. Juni: Gesundheitstag 2000 in Berlin. Adresse: Gesundheitstag 2000, Sarrazinstr. 3, 12159 Berlin, fax: 030 / 85 99 97 78, Email: ich.mache.mit@gesundheitstag.de

1. Juni: EXPO 2000 in Hannover (bis 31.10.), zahlreiche Gegenaktionen

6. Juni: Westeuropäische Union

6. bis 12. Juni: Internationale Luftfahrtausstellung (ILA) in Berlin Schönefeld und Gegenaktivitäten von Friedensgruppen. (Ausstellungsprogramm siehe <http://www.ila-berlin.de>) Kontakt: Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdiene und Militär, Oranienstr. 25, 10999 Berlin, Tel.: 030/615005-30, Fax: 030/61500529. E-Mail: info@kampagne.de
Internet: <http://www.kampagne.de>

9. Juni: Hauptversammlung der Deutschen Bank, Festhalle Frankfurt mit Aktionen der Kritischen Aktionäre. Kontakt: Dachverband Kritische AktionärInnen, Henry Mathews, Schlackstr. 16, 50737 Köln, Tel.: 0221/5995647, Fax: 0221/5991024. E-Mail: critical_shareholders@compuserve.com Internet: <http://www.kritischeaktionare.de>



Jahrestag der
NATO-
Aggression
gegen
Jugoslawien

Bundesweit fin-
den zahlreiche
Veranstaltungen
statt.